

VEREIN AKTIVES MUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin

Mitgliederrundbrief Nr. 50
Dezember 2003



Foto: Friederika Häuffe

Bellermannstraße 14
GEDENKTAFEL FÜR STEPHANIE HÜLLENHAGEN

Einweihung am 13. November 2004

im Bild (v.l.n.r.): Susan Benesch, Herr Linke, Hanna Papanek, Hans-Peter Laqueur, Andreas Laqueur, James Baaden, Andrew Benesch

Geschäfts- und Dokumentationsstelle: Stauffenbergstr. 13-14, 10785 Berlin, Tel.:
030/263989039, Fax: 030/263989060

<http://www.aktives-museum.de>; e-mail: info@aktives-museum.de

Konto 810012282 bei der Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00

INHALTSVERZEICHNIS

Christine Fischer-Defoy: Zur Anbringung einer Gedenktafel	S. 4
Barbara Kisseler: Ansprache zur Gedenktafelanbringung	S. 6
Beate Kosmala: Zur Anbringung einer Gedenktafel	S. 8
Stephanie Hüllenhagen	S. 10
Helene Leroi	S. 11
Christiane Hoss: <i>Gehemmter Fortschritt</i>	S. 12
Andreas Herbst: <i>Der Sturz aus einem Leben voll Arbeit</i>	S. 18
Gedenktafeln für Karl Marx und Ferdinand Lassalle Amtlicher Stenographischer Bericht 16. Dezember 1926	S. 22
Topographie des Terrors: Vollendung des Baus möglich, 20.8.2003	S. 30
Topographie des Terrors: Stiftungsrat gibt grünes Licht, 20.8.2003	S. 31
Marion Neumann: Neue Medien in der Museumsarbeit	S. 32
Ein Verdienstorden für Sylva Franke	S. 34
Christiane Hoss: Walter Gyßling - Rezension	S. 35
Martin Schönfeld: Widerstand in Wedding und Gesundbrunnen - Rezension	S. 40
Hör- und Lesebuch zum Projekt "Der Löffel meines Vaters"	S. 43
Wiederaufstellung des Sockels für ein Karl-Liebknecht-Denkmal, 20.11.2003	S. 44
Gedenktafel für Margarete Berent in Berlin-Schöneberg	S. 46
Eine Straße für Robert Kempner	S. 47

Redaktion: Martin Schönfeld

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

allen jüdischen Mitgliedern, Freundinnen und Freunden wünschen wir von Herzen ein gutes Jahr 5764.

Wieder einmal hat der Verein Aktives Museum an mehreren Orten der Stadt mit Gedenktafeln und anderen Formen von Denkmälern Geschichte im Stadtraum sichtbar gemacht. Diese Initiativen dokumentieren wir mit unserem Mitgliederrundbrief Nummer 50.

Ziel unserer Initiativen ist es immer gewesen, die unterschiedlichen Facetten der Berliner Lokalgeschichte an ihren konkreten Ereignisorten erlebbar werden zu lassen. Gerade im Berliner Stadtraum, der durch den Nationalsozialismus und durch den von den Nationalsozialisten begonnenen Zweiten Weltkrieg grundlegende Veränderungen in seinem Stadtbild erfahren hat, wo die historischen Bauten fast vollständig in Kriegs- und Nachkriegszeit zerstört worden sind, ist es um so wichtiger, historische Schichten und historische Zusammenhänge wieder kenntlich zu machen. Erst recht im "schönen neuen" Berliner Stadtzentrum, wo fast nichts mehr daran erinnert, dass sich hier einst die Zentralen des NS-Staates befanden, wo riesige Shopping-Malls und neopreußische Büropaläste die letzten historischen Spuren unter sich begraben haben, ist es um so dringlicher, auf die historischen Zusammenhänge hinzuweisen. Wenn dies dann auch noch mit einem so kuriosen Objekt wie dem Sockel des unvollendeten Karl-Liebknecht-Denkmal geschehen kann, ist das eine besonders glückliche Form der Erinnerung an historische Zusammenhänge. Denn der öffentliche Stadtraum ist mehr als nur eine Selbstdarstellungsbühne von Firmen und Konzernen. Das Aktive Museum ergriff die Initiative zur Wiederaufstellung des Sockels des Karl-Liebknecht-Denkmal auf dem Potsdamer Platz, die mit Hilfe der Gedenktafelkommission Mitte und schließlich mit der finanziellen Unterstützung durch die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur verwirklicht werden konnte.

Aber nicht das Berliner Stadtzentrum, sondern auch die vielen anderen Ansatzpunkte der Geschichte hat sich der Verein Aktives Museum zu seiner Aufgabe gemacht. Am 13. November 2003 konnte in Zusammenarbeit mit der Gedenktafelkommission Mitte die Gedenktafel für Stephanie Hüllenbogen und Helene Leroi in der Bellermannstraße 14 (Wedding) eingeweiht werden. Damit thematisieren wir erneut den individuellen und unorganisierten Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Noch viel zu wenig Beachtung finden jene Mutigen, die Widerstand gegen ein verbrecherisches Staatssystem gerade in ihrem persönlichen Lebensfeld praktizierten, indem sie den Opfern des NS-Staates beistanden. Die Gedenktafeleinweihung dokumentiert unser Rundbrief.

Jenseits dieser neuen Ortsmarkierungen widmet sich der fünfzigste Rundbrief des Aktiven Museums einem neuen Projekt: Verfolgte Stadtverordnete und Magistratsangehörige – ist der Titel einer Ausstellung, die das Aktive Museum für das Jahr 2005 vorbereitet. Die Vorträge von Christiane Hoss und Andreas Herbst, gehalten im Rahmen eines Diskussionsabends in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand im September 2003, geben wir zur Einführung und als Beispiel des Themas in unserem Rundbrief wieder.

Unseren Mitgliedern, Freundinnen und Freunden wünschen wir schöne Feiertage und ein gutes neues Jahr 2004.

Schließlich bitten wir alle Mitglieder um die Zahlung des Mitgliedsbeitrages 2004 **erst ab Januar 2004**. Die **Mitgliedsbeiträge** sind für Einzelmitglieder € 55,-, Einzelmitglieder ermäßigt € 27,50, für Vereine und Organisationen € 165,-, ermäßigt für Vereine und Organisationen € 82,50. Natürlich nehmen wir auch gerne Spenden entgegen. Wie üblich sind alle Mitgliedsbeiträge und Spenden voll steuerlich absetzbar. Bei onlinebanking bitte Spendenbescheinigung anfordern.

Christine Fischer-Defoy, Vorsitzende des Vereins Aktives Museum

zur Anbringung einer Gedenktafel für Stephanie Hüllenhagen am 13. November 2003

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister,
 sehr geehrte Frau Prof. Papanek,
 sehr geehrte Frau Kosmala,
 lieber Herr Hobrack,
 liebe Angehörige von Stephanie Hüllenhagen, Helene Leroi und Fritz Baade,
 liebe Freunde des Aktiven Museums

Ich möchte Sie hier heute sehr herzlich im Namen des Vereins Aktives Museum begrüßen. Wir freuen uns sehr, dass wir gemeinsam mit der Gedenktafelkommission des Bezirks Mitte heute eine Gedenktafel für Stephanie Hüllenhagen einweihen können.

Die in Berlin geborene Stephanie Hüllenhagen, wohnte seit 1933 hier in diesem Hause in der Bellermannstraße 14 in Berlin-Wedding. Die sozialdemokratisch eingestellte Schneiderin nahm im Januar 1943 eine von der Deportation bedrohte jüdische Bekannte, die 1894 geborene Dr. Helene Leroi, in ihrer Wohnung auf. Stephanie Hüllenhagen wurde bei ihrer Hilfe von mehreren Personen unterstützt, da Helene Leroi als "Illegale" natürlich keine Lebensmittelkarten besaß. Zu den "stillen Helfern" gehörte auch Fritz Baade, der Vater der beiden nach England ausgewanderten Kinder von Helene Leroi. Er war in die Türkei emigriert, und wir entdeckten seine Lebensgeschichte im Rahmen unseres Ausstellungsprojektes »HAYMATLOZ – Exil in der Türkei«. Und ich freue mich, dass heute auch einige unserer Türkei-Emigranten unter uns sind.

Erlauben Sie mir, in wenigen Worten auch etwas zu Helene Leroi zu sagen:

Die 1894 geborene Helene Fürst, verheiratete Leroi, war nach dem Studium zunächst in Hamburg als Lehrerin tätig. 1917-1922 setzte sie ihr Studium in Berlin, Hamburg und Göttingen fort und promovierte 1922 in Politikwissenschaften. Sie gehörte zunächst der KPD und ab 1923 der SPD an. 1933 emigrierte sie nach Honduras, kehrte aber 1935 wieder nach Berlin zurück und arbeitete bis 1939 als Stenotypistin in der "Palästina-Treuhandstelle der Juden in Deutschland". Von 1939 bis 1942 war sie Zwangsarbeiterin in Berlin-Treptow. Sie tauchte unter und lebte von 1943 bis 1945 hier versteckt in diesem Hause. Nach 1945 war sie beim Magistrat von Groß-Berlin tätig.

Helene Leroi starb 1950, Stephanie Hüllenhagen 1967. Fünf Jahre zuvor, am 8. November 1962, wurde sie vom Westberliner Senat für ihre uneigennützig Hilfe als "Unbesungene Heldin" geehrt. Im Frühjahr 2001 wurde Stephanie Hüllenhagen posthum durch die israelische Gedenkstätte Yad Vashem als "Gerechte unter den Völkern" ausgezeichnet; die Medaille und Urkunde wurde am 11. Oktober 2001 an ihre Nichte, Prof. Hanna Papanek (Boston/USA), überreicht. Und ich freue mich sehr, dass Sie heute hier unter uns sind, um über Ihre Tante zu uns zu sprechen.



Zur Einweihung der Gedenktafel für
Stephanie Hüllenhagen und Helene
Lerol sprechen:

Christine Fischer-Defoy (oben),
Vorsitzende des Vereins Aktives
Museum

Hanna Papanek (rechts), Nichte von
Stephanie Hüllenhagen



Fotos: Friederika Hauße

Ansprache der Kultur-Staatssekretärin, Frau Barbara Kisseler

stellvertretend vorgetragen

Sehr geehrte Frau Prof. Papanek,
sehr geehrtes Ehepaar Benesch,
sehr geehrter Herr Baaden,
verehrte Vorredner,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

"Wer immer ein Menschenleben rettet, hat damit gleichsam eine ganze Welt gerettet." steht auf der Medaille der "Gerechten unter den Völkern", die Stephanie Hüllenhagen von der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem verliehen wurde. In Yad Vashem und im US Holocaust Memorial wird etwas getan, das Kurt Grossmann mit seinem schon 1961 erschienenem Buch "Die unbebungenen Helden" begonnen hat: Denen ein Denkmal zu errichten, die nicht im Scheinwerferlicht der Weltpolitik standen, die sich nicht dem braunem Terror beugten, die den Mut hatten, in ihrem Alltagsleben Mensch zu bleiben, die Hand zu reichen und zu helfen, wo Ihre Hilfe gefordert war, gleich welcher Gefahr sie sich dabei aussetzten.

Stephanie Hüllenhagen war so eine "Seiltänzerin" – wie sie das selbst einmal genannt hat –, die aus der Tradition ihrer sozialdemokratischen Familie heraus, aber auch von ihrer persönlichen Disposition her "gegen den Stachel locken" wollte und musste in einer Zeit, als es "kein richtiges Leben im Falschen" geben konnte. In einer Zeit, wo man sich auch durch das, was man nicht tat, schuldig machen konnte. In einer Zeit, wo alles gleichgeschaltet war und ein System von Spitzeln und Denunzianten eigentlich dafür sorgte, dass jeder so lebte und handelte, wie es die Partei wollte.

Stephanie Hüllenhagen schrieb später dazu: "Ich dachte immer, du bist mitschuldig, wenn du das alles geschehen lässt."

Es gab besondere Menschen wie Stephanie Hüllenhagen, die sich nicht anpassten und mehr noch: Es gab auch eine Umgebung, die dies nicht nur tolerierte, sondern sogar unterstützte. Auf wirklich engstem Raum hier im Haus Bellermannstraße 14, vier Treppen hoch im Hinterhaus, Stube, Küche, Klo auf dem Treppenabsatz, war es möglich über 29 Monate hinweg eine Jüdin zu verstecken, eine Straftat, bei der schon die Mitwisserschaft das Leben gekostet haben könnte. Eine Nachbarin war mit einem SS-Mann verheiratet, was besondere Sicherheitsüberlegungen zur Folge hatte, wenn der auf Heimaturaub war, aber die Existenz eines Menschen in einem Berliner Mietshaus, in dem die Wände Ohren haben und die Treppe zum vierten Stock an so vielen Türen vorbeiführte, wenn man die Toilette mit anderen Familien teilte, war nichts geheim zu halten, zumal nicht im Bombenhagel, wenn sich Stephanie Hüllenhagen und Helene Leroi auch in den Keller flüchten mussten, wo sich die Untergetauchte als "Tante Leni" nützlich machte. Stephanie Hüllenhagen hat Helferinnen gehabt, einige kennen wir mit Namen, weil sie in den Akten des Entschädigungsamtes, das über Opferrenten zu entscheiden hatte, nachzulesen sind: Rosa Sichtung hat sie gedeckt, obwohl ihr klar war, dass es sich um eine versteckte Jüdin handeln musste. Das Ehepaar Bothfeld hat sie gedeckt und unterstützt und sie auch bei Frau Bothfelds Schwester, Frau Schüler, zeitweise untergebracht. Gewusst oder mindestens vermutet haben, dass hier jemand versteckt wird, müssen aber sehr viel mehr Bewohner dieses Hauses.

Hier in der Bellermannstraße, die übrigens nach einem Teilnehmer an den Freiheitskriegen gegen Napoleon und Armenprediger auf dem Gesundbrunnen, Friedrich Georg Bellermann, benannt ist, hat etwas funktioniert, was an vielen anderen Stellen für alle Beteiligten böse ausgegangen ist. Und doch ist es kein Einzelfall, wie Inge Deutschkron in ihrem Buch "Ich trug den gelben Stern" eindringlich beschreibt. Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten haben

vielen verfolgten und bedrohten Menschen immer wieder geholfen – und sei es durch ihr Schweigen. Es hat große und auch sehr viele kleine Heldentaten gegeben – nicht jeder ist dazu geboren und: Wer sind wir, aus der heutigen Sicht heraus zu urteilen?

Wir können uns nur verneigen vor der Zivilcourage von Menschen wie Stephanie Hüllenhagen oder auch von Otto Weidt, der in seiner Blindenwerkstatt Inge Deutschkron und andere Juden Arbeit und Brot, aber vor allem Schutz vor Verfolgung und Tod gewährte, dem es gelang, eine Schutzbefohlene sogar aus dem KZ zurückzuholen. Ihm haben Studierende der Museologie der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft am authentischen Ort ein Denkmal gesetzt, das nun vom Jüdischen Museum betrieben wird und das wir auch retten wollen, wenn unser Versuch, das Gebäude zu ersteigern, fehlschlagen sollte.

Nach der Wende war in dieser Stadt soviel Vergangenheit wie noch nie. Geschichtsinitiativen und Vereine wie das Aktive Museum gründeten sich neu oder erweiterten ihren Arbeitsbereich auf den nun oder neu zugänglichen Spuren, die in dieser Stadt und seinen historischen Zwiebel-schalen überreichlich zu finden sind. Mit der Rückgewinnung der Erinnerung und der Vergewisserung der eigenen Geschichte – im Positiven wie im Negativen – schaffen wir eine gemeinsame Basis für die Menschen in dieser Stadt, für die, die neu dazukommen oder die, die schon immer hier lebten. Damit differenziert sich unser Bild und schärft sich unser Blick, um Ursachen und Wirkungen zu erkennen und Demokratie zu leben, denn in jeder Diktatur stirbt die Wahrheit zuerst, rüstet sich das System mit der Unwissenheit und der Angst der Menschen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Danke zu sagen für diese wichtige Erinnerungsarbeit. Für die des Vereins Aktives Museum und Ihrer Vorsitzenden Dr. Christine Fischer-Defoy, für die Arbeit der Gedenktafelkommission, für die unermüdlichen ForscherInnen, die nach so vielen Jahren immer wieder Neues und Erstaunliches zu Tage fördern. Dankeschön sagen möchte ich vor allem aber Frau Prof. Papanek und den anderen Anverwandten von Stephanie Hüllenhagen und Dr. Helene Lerol, dass Sie daran mitwirken, mit diesem kleinen, aber überaus wichtigen Akt der Berliner Erinnerungsarbeit Stephanie Hüllenhagen an dem Ort zu ehren, wo sie 34 Jahre gelebt hat.

Dies ist nicht und wird auch nicht in Zukunft einfach selbstverständlich sein und ich bin sehr froh darüber, dass mit der aktuellen Diskussion um das Denkmal für die ermordeten Juden Europas nicht – wie von seinen Kritikern immer wieder eingewendet – der Versuch gemacht wird, Geschichte zu "entsorgen", sondern im Gegenteil die Auseinandersetzung um alles, was damit in Zusammenhang steht, lebendig bleibt.

Dieses große Denkmal am Brandenburger Tor hat nicht das Monopol für das Gedenken an die NS-Verbrechen, die in deutschem Namen begangen wurden. Erst mit dem Erinnern an die "unbesungenen Helden" wie wir dies hier heute tun, gewinnen wir ein vollständiges Bild von Verfolgung, Leid und Widerstand in der schrecklichsten Epoche der deutschen Geschichte.

Möge diese Gedenktafel hier im Arbeiterquartier Bellermannstraße die Menschen innehalten lassen, Denk- und Diskussionsanstöße geben und die Erinnerung an Stephanie Hüllenhagen und Dr. Helene Lerol wach halten.

Am Schluss

dieser beeindruckenden Veranstaltung möchte ich betonen, welche eine besondere Freude es für das Forschungsprojekt "Rettung von Juden" ist, dass es zu dieser Gedenktafelenthüllung kommen konnte.

Als das Jüdische Museum seine Veröffentlichung (1) über die jüdischen Zwangsarbeiter bei Ehrlich & Graetz plante, durchsuchten wir anhand der umfangreichen Namensliste unsere Datenbank. Zum Glück konnten wir wenigstens einige finden, die überlebt hatten. Zu ihnen gehörte Helene Leroi, von der allerdings nur wenige Daten bekannt waren. Bald fügte sich ein Detail an das andere, und es entstand eine Geschichte über die beiden Frauen, die mehr als zwei Jahre hier in der Bellermannstraße auf engstem Raum ausharren mussten, die im Buch (1) über Jüdische Zwangsarbeiter bei Ehrlich & Graetz veröffentlicht werden konnte.

Die Gedenktafel erinnert an den Mut Fanny Hülienhagens, eine untergetauchte Jüdin aufzunehmen, und sie erinnert an den Überlebensmut der verfolgten Helene Leroi, die diese Zeit nur durchstehen konnte in der Hoffnung, ihre beiden Töchter, die seit 1939 in London in Sicherheit waren, nach dem Krieg wiederzusehen.

Dass es diese beiden Töchter gab, wissen wir aus den in Berlin aufgespürten Dokumenten. Dass an der heutigen Feier aber auch Frau Lerois Enkel bei uns sein würden, ist eine ganz große Überraschung. Die verdanken wir in erster Linie der Initiatorin dieser Gedenktafel, die uns



hier verbindet. Die heutige Feierstunde hat dazu geführt, dass Susan Banesch und ihr Bruder, beide aus Washington, zum ersten Mal die Heimatstadt ihrer Großmutter und Geburtsstadt ihrer Mutter besuchen und sich hier mit den Wurzeln ihrer Großeltern beschäftigen. Dies zeigt, wie wenig vergangen diese Vergangenheit ist. Mögen noch hunderte solcher Gedenktafeln in Berlin entstehen.

Beate Kosmala

(1) Aubrey Pomerance (Hrsg.): Jüdische Zwangsarbeiter bei Ehrlich & Graetz Berlin-Treptow, Jüdisches Museum Berlin 2003. Darin: Beate Kosmala: "Kaltblütigkeit und ein bißchen Mut" – die Wirtschaftswissenschaftlerin und Sozialistin Helene Leroi, S. 117 ff.

Beate Kosmala

Foto: Friederike Hauße



Susan Benesch (Bild oben) und Andrew Benesch (Bild unten), Enkel von Helene Lerol, sprechen zur Gedenktafelinweihung

Fotos: Friederike Hauffe



Stephanie Hüllenhagen

1893 geboren

Näherin und Schneiderin

SPD-Mitglied

1943-1945 nahm sie Helene Leroi in ihrer Einzimmerwohnung in der Weddinger Bellermannstraße 14, Hinterhaus 4. Treppe als Illegale auf.

1962 Ehrung durch den Senat von Berlin (West) als "Unbesungene Heldin"

1967 gestorben in ihrer Einzimmerwohnung Bellermannstr. 14

2001 Ehrung als Gerechte unter den Völkern durch die Gedenkstätte Yad Vashem in Israel.

2003 Gedenktafelanbringung zu Ehren von Stephanie Hüllenhagen und Helene Leroi in der Weddinger Bellermannstr. 14.



Stephanie Hüllenhagen
Repro nach H.-R. Sandvoß 2003,
S. 306

Stephanie Hüllenhagen berichtete 1945:

"Ich habe versucht, Unrecht wenigstens zu einem Teil gutzumachen. Wenigstens einen Juden den Nazis aus den Klauen zu entreißen. Es gehörte Kaltblütigkeit und ein bißchen Mut dazu. Ich hielt es nicht aus, das Leid der Juden mit anzusehen. Ich dachte, du bist mitschuldig, wenn du zusiehst."

Zitiert nach Hans-Rainer Sandvoß: Widerstand in Wedding und Gesundbrunnen, Berlin 2003, S. 306.

"Ich konnte es einfach nicht mehr aushalten, die Frauen und Kinder mit dem Stern. Keiner sprach mit ihnen, in der Straßenbahn mußten sie stehen, ich stellte mich dann immer auch hin. (...) Ich dachte immer: du bist mitschuldig, wenn du das alles geschehen läßt. Ich kam zu dem Entschluß, jemanden aufzunehmen. Erst wollte ich die alte Frau Eisenstein nehmen, aber nein, die hätte mich sicher gebeten, ihre junge Familie aufzunehmen. Das ging nicht (...) Eine einzelne Frau konnte es nur sein."

Zitiert nach Beate Kosmala: "Kaltblütigkeit und ein bißchen Mut" – die Wirtschaftswissenschaftlerin und Sozialistin Helene Leroi, in: Aubrey Pomerance (Hrsg.): Jüdische Zwangsarbeiter bei Ehrlich & Graetz Berlin-Treptow, Jüdisches Museum Berlin 2003, S. 117 ff, hier S. 118-120.

"Helene war für uns eine ständige Quelle der Angst und Aufregung, besonders als die schweren Fliegerangriffe anfangen (...) Manchmal haben wir uns aber auch köstlich amüsiert, vor allem als Helene im Luftschutzkeller als 'Tante Lenchen' Frauen und Kinder beruhigte, Baldrian herumreichte und bald eine allgemeine Beliebtheit errang. Außerdem hat sie als Fannys [das ist Stephanie Hüllenhagen] gelehrige Schülerin das Metier des Schneiderns erlernt und in deren Abwesenheit den Kunden die Kleider anprobiert, sehr zu unserem Ergötzen."

Bericht von Inge Kaiser im November 1945, zit. n. Beate Kosmala 2003, S. 120.



Gedenktafel für Stephanie Hüllenhagen und Helene Leroi
Bellermannstraße 14, Berlin-Mitte (Wedding)

Foto: Friederike Heuffe

Helene Leroi

Geboren am 13.9.1894 in Bergedorf bei Hamburg.

Kinder Ruth und Madeleine (Vater Fritz Baade, SPD-Politiker)

1922 Promotion

1922 Arbeit beim Bankhaus Warburg & Co. in Hamburg

1927 bis 1933 wissenschaftliche Mitarbeiterin der SPD- und gewerkschaftsnahen Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik,

1934 Emigration nach Honduras zu ihrem Bruder zusammen mit ihren Töchtern, nach einem halben Jahr Rückkehr nach Berlin,

1935 (bis April 1941) Arbeit bei der "Paltreu", der Palästina-Treuhandstelle zur Beratung der deutschen Juden GmbH, in Berlin als Archivarin, Registratorin und Stenotypistin.

1939 Mai Emigration der beiden Töchter mit einem "Kindertransport" nach England,

1939 Wohnungswechsel von Tempelhof nach Niederschönhausen zu ihrer Freundin Clara Schüler (SPD),

1941 Zwangsverpflichtung als Werkstattschreiberin beim "Alsi-Schuhreparatur-Betrieb".

1941 bis 1943 Zwangsarbeit bei der Firma Ehrich & Graetz in Berlin-Treptow.

1943 am 4. Januar Aufforderung zur Deportation, Entschluss zum Gang in die Illegalität. Erste Unterkunft bei Erna Bothfeld in Hohenschönhausen, dann bei Stephanie Hüllenhagen in Wedding in der Einzimmerwohnung Bellermannstraße 14, Hinterhaus, vierter Stock mit Außentoilette. In dieser Zeit erhielt Helene Leroi wirtschaftliche Unterstützung von Paul und Erna Bothfeld, Frau Doktor Sander und auf Umwegen auch von Fritz Baade im türkischen Exil.

In der Illegalität erkrankte Helene Leroi zeitweilig an einer Lungenentzündung.

1945 im Mai Arbeit im Bezirksamt Pankow, später als Referentin in der Abteilung für Wirtschaft, Bereich Opfer des Faschismus zur Betreuung der "Opfer der Nürnberger Gesetzgebung".

1946 im Juli Reise nach Großbritannien und Wiedersehen mit ihren Töchtern Ruth und Madeleine.

Mitgliedschaft in der SED, die zu Konflikten mit ihren sozialdemokratischen Freunden führte.

Leiterin der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Währungsbank in der sowjetischen Besatzungszone.

Am 1.4.1950 gestorben.

2003 Gedenktafelanbringung zu Ehren von Stephanie Hüllenhagen und Helene Leroi in der Weddingener Bellermannstraße 14.

Helene Leroi berichtet 1945:

"Frau Fanny Hüllenhagen (...) hat mich am 4. Januar 1943 bei sich aufgenommen, und ich habe zweieinhalb Jahre bis zum Einmarsch der Russen in Berlin im Mai 1945 illegal bei ihr gelebt, ohne Lebensmittelkarten und ohne Papiere. Frau Hüllenhagen hat die hiermit für sie verbundene Gefahr auf sich genommen, da sie wusste, dass ich als Jüdin sonst von der Gestapo in den Osten Europas verschleppt worden wäre."

Zitiert nach Hans-Rainer Sandvoß: Widerstand in Wedding und Gesundbrunnen, Berlin 2003, S. 305.



Helene Leroi auf einem Passfoto aus den 1940er Jahren

Repro nach Kosmala 2003, S. 119.

Gehemmter Fortschritt

Vortrag zur Vorstellung des Projektes "Verfolgte Berliner Stadtverordnete und Magistratsangehörige" gehalten am 18. September 2003

Als auf einer Vorstandssitzung des Aktiven Museums zur Zeit der größten Hitze die heutige Veranstaltung beschlossen wurde und alle meinten, es müsse eine allgemeine Einleitung geben, war ich leichtfertig genug, mich zu melden und hoffte, dass ich so einen Zugang zu dem Thema finde. Das habe ich inzwischen getan, aber nun erst gemerkt, dass ich viel zu wenig weiß. Für Kenner ist das Folgende nicht bestimmt.

Die kommunale Selbstverwaltung der Reichshauptstadt war bis 1920 den Regeln der preußischen Städteordnung für die östlichen Provinzen von 1853 unterworfen. Diese, ein Produkt der konservativen Reaktion nach 1848, erstrebte und erreichte die Schwächung der Selbstverwaltung. Das Dreiklassenwahlrecht garantierte zwar den Vorrang der Wohlhabenden, aber das reichte noch nicht aus: Die Stadtverordnetenversammlung war nur ein Beschlussorgan, die Exekutive von Bürgermeister und Magistrat wurde gestärkt, diese aber brauchten nach ihrer Wahl die Bestätigung der Regierung, in Berlin also des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg. 1919 änderte sich nur das Wahlrecht, die Wahl war nun eine allgemeine und gleiche aller volljährigen Bürgerinnen und Bürger. Bis dahin wurden die meisten grundlegenden Entscheidungen in der ständig wachsenden Stadt nicht im Rathaus diskutiert und beschlossen, sondern "oben": Bebauungspläne, Wasserwerke, Stadtbeleuchtung, Kanalisierung, Feuerwahr; dies alles und mehr war Aufgabe der selbstverständlich preußischen Polizei. Im Rathaus hatte man sich nur um die Finanzierung zu kümmern. Charakteristisch für diese merkwürdige Stadtentwicklung ist, dass es in ihrer Mitte einen Gutsbezirk gab, in dem die Stadt Berlin nichts zu sagen hatte, nämlich den Gutsbezirk Berlin-Schloss, womit das Stadtschloss gemeint war. Muss noch mehr über die Stadtfeindlichkeit des alten Preußen gesagt werden?

So kam auch die dringend notwendige Stadterweiterung durch Eingemeindungen nur langsam voran und der Plan eines Groß-Berlin, in dem alle Gemeinden zusammengelegt werden sollten, die aufgeblüht waren, weil sie im Berliner Umland lagen und die in ihnen Wohnenden in Berlin ihr Geld verdienten, kam nicht voran. Diese lange Geschichte können wir uns alle gut vorstellen. Wann jemals hätte eine reiche Stadt wie Charlottenburg es gut gefunden, wenn sie mit einer armen zusammengeschlossen wurde und ihre Einnahmen nicht nur für sich ausgeben konnte? Dass es aber wie bisher nicht weitergehen könne, wussten auch alle. Die Probleme des Verkehrs, der Zersiedelung wurden zu groß. Nach allerlei Versuchen kam dann in der Preußischen verfassungsgebenden Versammlung das Berlin-Gesetz von 1920 zustande. Die Kräfte der Beharrung waren selbst in Preußen geschwächt. Der Teltower Landrat, so wurde berichtet, klagte: *Die Tage des Kreises Teltow seien gezählt. Wir hätten den Krieg verloren, das deutsche Volk hätte auch seine Ehre verloren, und darum sei sogar der Untergang des Kreises Teltow kein erschütterndes Ereignis mehr.* (1) Aber bald erholten sich die Konservativen und die Los von-



Gehemmter Fortschritt nannten die Berlinerrinnen und Berliner den einen der beiden Rossebändiger auf der Lustgartenferrasse vor dem Berliner Schloss

Beide Bronzeskulpturen wurden geschaffen von dem Bildhauer Peter Jakob Clodt von Jüngensburg. 1842 schenkte sie Zar Nikolaus I. seinem Schwager Friedrich-Wilhelm IV. Sie stehen heute im Kleistpark Schönberg.

Repro nach R. Opprower/P. Cürtis: *Im Spitznamen des Volkes*, Berlin 1978, S. 38.

Berlin-Bewegung, die spöttisch die Teltow-Irredenta genannt wurde, machte Ärger bis zum Ende der Republik. (2)

Das Gesetz war also zusammen mit den weiter bestehenden Elementen aus der Städteordnung die Verfassung einer Millionenstadt, einer Hauptstadt oder auch, wie man es ja gern hörte und sagte, einer Weltstadt, der nur noch New York, Paris und London gleich kamen. Es war eine Kompromisslösung. Weder bezog es das gesamte von Berlin lebende Umland ein, noch schuf es eine wirkliche Einheitsgemeinde. Die 20 Bezirke waren höchst ungleich, nach Größe, nach Einwohnern, nach vorhandener Infrastruktur. Charlottenburg hatte sich ein reiches Kulturleben leisten können und man war dort empört, wenn jetzt erst mal in Neukölln oder im Wedding neue Bibliotheken eingerichtet wurden, statt denen in Charlottenburg Neuanschaffungen zu ermöglichen. Ein Versuch, die nun hinzukommenden Städte und Gemeinden ruhig zu stellen, war die Größe der Stadtverordnetenversammlung mit 225 Mandaten. Alle regionalen Belange sollten ihre Vertreter haben. Der Magistrat blieb ein Gremium aus besoldeten Stadträten, Fachkräften, die für 12 Jahre gewählt wurden und aus politischen, unbesoldeten Stadträten mit vierjähriger Amtszeit. Eine Regelung aus der guten alten Zeit, die nicht mehr passte, denn sie setzte den wohlhabenden Bürger voraus, der einen Teil seiner Freizeit dem Gemeinwohl widmen kann. Wenn es ihn je – außer in Einzelfällen – gegeben hat, so war er 1920 selten geworden. Die Biographien der Stadtverordneten und Stadträte zeigen dann auch häufig ihren beruflichen Aufstieg, und nicht immer mag es nur an ihren Qualifikationen gelegen haben, dass er ihnen gelang.

Nicht dem Namen nach, aber in der Sache kannte und benannte man schon damals das Parkinsonsche Gesetz: *Je umfangreicher die Verwaltung, desto mehr gehobene Planstellen* schrieb der Stadtsyndikus und hatte sogar Verständnis, denn die Besoldung in Groß-Berlin war niedriger als die in den reichen Städten und Gemeinden des Berliner Umlands gewesen war. Friedrich Lange billigte aber diesen Versuch, viele gehobene Planstellen zu schaffen, nicht. *So konnten wir die Eingruppierung des Schöneberger Ratskellermeisters in die Besoldung der Oberstadtssekretäre nicht verhindern. Die Gäste des Schöneberger Weinkellers hatten die Mehrheit. (3)*

Was ich nicht verstanden habe, ist die Unverantwortlichkeit der Exekutive, die vom Parlament nicht gestürzt werden konnte. Hatte man nicht in den 50 Jahren des Deutschen Reiches erlebt, dass eine nicht dem Parlament verantwortliche Regierung ein Übel ist?

Genug, die preußische Landesversammlung sah das anders. Die Stadtverordneten konnten einmal gewählte Stadträte nicht stürzen, das musste im Notfall das Land Preußen tun, das damit Eingriffsrechte hatte, die selbstverständlich auch in weniger gravierenden Fällen genutzt wurden.

Ein Rätsel ist für mich auch, dass es möglich war, gleichzeitig Mandate in mehreren Parlamenten wahrzunehmen. Dass es neben Parteiinteressen auch regionale gibt, die zueinander im Widerspruch stehen, scheint nicht berücksichtigt worden zu sein. Ein Reichs- oder Landtagsabgeordneter wirkte dabei mit, den Kommunen immer mehr Steuereinnahmen zu entziehen und beklagte dann womöglich als Stadtverordneter, dass für dringende Aufgaben das Geld fehlte. Ähnliche Konflikte muss es zwischen der Stadtverordnetenversammlung und den Bezirken gegeben haben und wer in beiden ein Mandat hatte, konnte wohl nur hier und dort zum Guten reden und versuchen, auszugleichen, was im Grunde nicht auszugleichen war. Interessengegensätze sind dem Gemeinwohl unterzuordnen, das war wohl die schöne, aber weitfremde Idee dahinter, als ob jedem immer klar sei, was denn jeweils das Gemeinwohl verlangt.

Etwas anderes hat mich ebenfalls sehr erstaunt, dass Berliner Kommunalpolitik so häufig ein Familienunternehmen war. Nicht im alten Sinne, wo in der Reichsstadt Köln Nikolaus Gylich klagte, die Einnahmen Kölns kämen nur Ratsherren und ihren Eheliebsten zugute. Aber da saßen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung Ehepartner zusammen als Verordnete, oder Ehemann oder Ehefrau von Angehörigen des Magistrats. Oder auch Vater und Tochter. Übrigens – wir stehen erst am Anfang mit der Arbeit – scheint der Frauenanteil mit rund 10 % gar nicht so klein für die Zeit. Dass ein Vater nach einem langen Wirken bereits in Alt-Berlin dann

seinen Wahlkreis seinem Sohn vererbte, ist dagegen nicht ganz so ungewöhnlich, wäre aber heute sicher anstößig. Es hat die Wähler damals offensichtlich nicht gestört. Welche Kontrollfunktionen, wenn sie die Stadträte schon nicht abwählen konnten, versprach man sich von einem Parlament, in dem deren nahe Verwandte saßen? Vermutlich liegt hier der springende Punkt, Kontrolle musste zwar sein, aber bitte von der Obrigkeit, nicht von einem Parlament.

Was bedeutete es für eine kommunale Selbstverwaltung, wenn nach der Wahl der Oberpräsident von Brandenburg seine Genehmigung geben musste und sie z.B. verweigerte, weil ein Kandidat eine Ehekrise hatte? Seine Streitereien mit seiner Frau waren bekannt geworden, weil er seinen Kummer häufig in die Kneipe trug. Das sei, so spätere Forscher, ein Vorwand gewesen, die ganze Richtung (der Mann war zu links) passte nicht, aber wie auch immer, das war der angegebene Grund und er reichte aus.

Wie sollte man Schulreform machen, wenn das Schulkollegium, die Aufsichtsbehörde, in der noch genug Leute aus dem alten Preußen stammten, immer wieder rückwärts ruderte. Oberbürgermeister Böß und seine Fachleute forderten die Einheitsschule, ausdrücklich zur Überwindung der Konfessions- und Klassenunterschiede und die Durchlässigkeit der Schulsysteme in den höheren Jahrgängen, um alle Begabungen zu fördern und zu nutzen. (4) Selbstverständlich vergebens. Schulreform, so glaube ich inzwischen, braucht in diesem unserem Lande mehr als nur



Das rote Berlin aus der Sicht der Bayerischen Volkspartei 1919, Wahlplakat

Repro nach: 100 Jahre deutscher Rassismus. Köln 1995, S. 56.

einen Umsturz. Der dann gefundene Kompromiss kommt mir auch sehr bekannt vor: Wo immer genug Mut und Tatkraft für Reformen vorhanden war, vor allem in den Arbeiterbezirken, nannte man das Ergebnis Versuch, erklärte es zur Ausnahme, die bekanntlich die Regel bestätigt. Beinahe die Hälfte der Berliner Schulen war schließlich eine solche Ausnahme, glücklicherweise, und wie großartig dort gearbeitet wurde, ist dann später unter dem Motto "Alles haben die Nazis kaputt gemacht" beklagt worden, sicher zu Recht. Aber die Schwierigkeiten, gegen die Erblast des Obrigkeitsstaats auch nur so viel zu erreichen, werden meiner Ansicht zu wenig gewürdigt.

Mit einer solchen, im Grunde veralteten und nicht mehr praktikablen Institution wie Magistrat und Stadtverordnetenversammlung überhaupt zu agieren, war schwierig und die Leistung der Beteiligten verdient höchsten Respekt. Die Ausgangslage war verheerend. Es ist bekannt, dass es um Ernährung und Gesundheitsfürsorge der Bevölkerung, vor allem in den großen Städten, im 1. Weltkrieg weit schlechter bestellt war als im 2. Es ist ja in den letzten Jahren oft genug diskutiert worden, auf wessen Kosten die Volksgenossen im 2. Weltkrieg besser versorgt wurden und warum: Nie wieder 9. November!

Skorbut und Skrofein, Hungerödeme traten auf, Krankheiten, die man in Europa gar nicht mehr kannte. Alles andere lasse ich beiseite, denn über den Bürgerkrieg – oder wollen wir es anders nennen? – also über die Schwierigkeit, wenigstens eine Errungenschaft der Neuzeit, das Gewaltmonopol des Staates, zu behaupten, wissen Sie vermutlich alle mehr als ich. Was dann am Ende herauskam, war durchaus nicht *das rote Berlin*, das Sie ja wohl alle schon mal gesehen haben, auf dem Plakat der Bayerischen Volkspartei (Abbildung S. 14), dieser Stützpunkt im wörtlichen Sinne des bewaffneten Bolschewisten mit Schlitzaugen. Großberlin, was immer man auch sage, war eine zeitweilig mit linker Mehrheit regierte Stadt, in der aber keine sehr linke Politik gemacht werden konnte. Groß-Berlin hatte immer eine starke konservative Partei, d.h. nicht eine, sondern mehrere, was Kompromisse mit einer von ihnen in Bezirken oder im Rathaus möglich machte. Aber die Konservativen waren hier stärker als im Reichsdurchschnitt, die Politisierung und damit Polarisierung war eben in einer Großstadt ausgeprägter als auf dem Lande. Diese Konservativen waren nicht nur Lobsänger des Alten, sie verstanden sich durchaus darauf, mitzuarbeiten – schließlich wurde ja Geld ausgegeben, nicht zu knapp, und wann haben Konservative davon nicht einen Anteil haben wollen? Grundstücksverkäufe an die Stadt, mit denen bankrotte Landwirte und Großgrundbesitzer sich sanierten und bei denen oft Grundstückssammelgesellschaften als Zwischenhändler fungierten und den Erwerb verteuerten, sind nur ein Beispiel.

Die Tragödie, denn so muss man es wohl nennen, nahm ihren Lauf, die Protagonisten hatten gerade die Verwaltung von Groß-Berlin ans Laufen gebracht, da stellte sich heraus, dass der Krieg nun nachträglich doch bezahlt werden musste mit der Inflation. Ein Viertel aller städtischen Beamten und Angestellten wurden *abgebaut*, wie man es damals nannte, die Konservativen nutzten die Gunst der Stunde, um linke Stadträte *abzubauen*, die sie ja nicht abwählen konnten, so den Stadtschulrat Paulsen von der USPD. Danach kam dann das, was als *die goldenen Zwanziger* Legende wurde, finanziert mit Krediten, das ist wahr, aber das meiste Geld wurde ausgegeben für Investitionen, die wir alle nur bewundern können, z.B. für den Siedlungsbau, die Siedlungen, die heute, soweit erhalten, unter Denkmalschutz stehen und Touristenmagnet sind. Ähnliches gibt es höchstens noch in Resten in Tel Aviv oder Ankara, wohin die Architekten später geflohen waren.

Ankara: da war dann auch Ernst Reuter, dem wir die BVG verdanken. Wir alle, die wir auf sie angewiesen sind, sind nicht mehr in der Lage, sie nach Gebühr zu schätzen, wenn wir jedes Jahr für weniger Leistung mehr bezahlen müssen. Aber bis zu ihrer Gründung fuhren viele verschiedene Gesellschaften auf, über und unter den Straßen von Berlin. Ein Geburtsfehler der zum 1.1.1929 ihre Arbeit aufnehmenden BVG allerdings, für den Ernst Reuter nichts kann, dass die Direktorenposten nach Parteibuch vergeben wurden und die Direktoren mehr verdienten als der Reichspräsident. Das gab böses Blut.

Die Schäden von Krieg und Inflation waren langsam beseitigt, die Menschen schöpften wieder Mut, in Berlin gab es, wie die Abstimmung über die Fürstenenteignung 1926 zeigte, nur noch wenige (4 %) die den alten Zeiten nachtrauerten. Ein Rechenschaftsbericht zählte auf, was die *sozialistische Misswirtschaft* – so nannten es die Konservativen – Berlin gebracht hatte: *Allen Forderungen des modernen Wohnungsbaus entsprechende Wohnungen, insgesamt 176.000, es wurden ein Grüngürtel und Volksparks angelegt, die vernachlässigten Verkehrsmittel ausgebaut, große Übungsstätten für den Sport, die Freibäder Wannsee und Grünau und die Stadtbäder Gartenstraße und Lichtenberg errichtet.*

Dazu noch die Einrichtung von 83 Jugend-, Lehrlings- und Schullandheimen, von Mütterberatungs- und Tuberkulose-Bekämpfungsstellen, von Schulzahnkliniken. ... die für ganz Preußen vorbildlich gewordene Förderung des Schulwesens durch kleine Klassen, freie Lernmittel, Unterstützung neuzeitlicher Methoden, Einrichtung von Werkstätten, Förderung der Aufbauschulen und Ausbau des Sonderschulwesens. Dazu die Erweiterung der Versorgungswerke bei Beibehaltung der niedrigen Tarife. (5)

Wir befinden uns jetzt an der Stelle, wo in der Tragödie die höchste Höhe des Erfolgs erreicht ist und der Bote mit der schlechten Nachricht eintrifft. Sie kam von der Wallstreet (25.10.1929, Schwarzer Freitag, Auslöser der Weltwirtschaftskrise). Ab jetzt ging nichts mehr, wie es die Stadt Berlin machte, war es verkehrt. Ich brauche das kaum zu schildern, denn wir haben das alles auch erlebt, wenn es auch hoffentlich anders ausgeht. Wollte die Stadt sparen, musste sie Investitionen aufgeben, das vermehrte die Arbeitslosigkeit, sie musste noch mehr sparen, selbst Personal entlassen, das vermehrte die Arbeitslosigkeit weiter, Einrichtungen schließen und städtischen Besitz verkaufen, das, was in den letzten Jahren immer "Tafelsilber" genannt wurde, ein unpassender Ausdruck. Denn wer sein Tafelsilber verkauft, kann von einfachem Geschirr und mit Stahlbesteck weiter essen. Aber wer seine städtischen Werke und Grundstücke verkauft, verkauft, um im Bilde zu bleiben, seinen Sack Kartoffeln, seine Kuh, sein Schwein, sein Fass Sauerkraut.

Gleichzeitig brach der Sklarek-Skandal den demokratischen Kommunalpolitikern das Rückgrat. Oft wird so getan, als sei das eine antisemitische Geschichte, die die Nazis und die Hugenberg-Presse aufbrachten oder doch fürchterlich vergrößerten. Die Sache war aber schlimm genug, auch wenn Joseph Goebbels den Vorteil davon hatte. Es zeigte sich die Schwierigkeit, wenn unbesoldete Stadträte große Summen ausgeben konnten. Kurz: Drei aus Osteuropa eingewanderte Juden, die Brüder Sklarek, hatten vor allem Textilien hergestellt und bestachen den Stadtrat Gabel von der KPD, der ihnen die Belieferung der Städtischen Dienststellen als Monopol sicherte. Die Qualität des Gelieferten, vor allem Kleidung für die Wohlfahrtseinrichtungen, aber auch andere Dinge, wurde dabei häufig bemängelt. Sie wurden also ihren Ausschuss los und pflegten die politische Landschaft u.a. mit Verbilligungen für Stadtverordnete und Magistratsmitglieder beim Einkauf von Bekleidung in ihren Geschäften. Anweisungen wurden mitgezeichnet von der SPD-Stadträtin Weyl oder dem DVP-Stadtrat Benecke. Dann wurden die Sklareks unverschämt und rechneten allerlei ab, das nie geliefert worden war und das flog auf. Den Rest kennen wir auch aus heutiger Erfahrung: fast alle saßen irgendwie mit drin, stückchenweise kam die Wahrheit heraus, schließlich packte dann einer der Kleinen aus, und es wurden täglich neue Listen veröffentlicht, wer bei den Sklareks etwas verbilligt bekommen hatte. Auch der Oberbürgermeister Böß war dabei mit einer Pelzjacke für seine Frau. Diese Sache ist mit Hin und Her besonders kompliziert und womöglich am Ende gar nicht so arg, er hatte dann doch bezahlt und die Verbilligung zurückgewiesen, aber auf eine Weise, die nicht ganz sauber war. Einzelheiten lesen sie bitte selbst nach. Ungefähr gleichzeitig hatte der Oberpräsident der Stadt alle Ausgaben verboten, weil Berlin überschuldet sei. Wenn jetzt herauskam, dass Kriminelle Geld (20,5 Millionen wurden später ermittelt) für nicht Geliefertes erhalten hatten, war das wirklich skandalös.

Berlin musste Steuern und Tarife erhöhen, um die Zinsen seiner früher aufgenommenen Kredite zu zahlen. Die *Rote Fahne* schrieb dann auch prompt, dass mit jedem Fahrchein nach der Tarifierhöhung bei der BVG die Millionen an die Brüder Sklarek bezahlt würden. Es wurde eine Kopfsteuer und eine Getränkesteuer erwogen. Das wurde in der Stadtverordnetenversammlung von der SPD abgelehnt. Sie hatte damit sicher recht, aber der Magistrat bat daraufhin den Oberpräsidenten, einen Staatskommissar einzusetzen. Damit war das Recht Finanzbewilligung, das älteste Recht der Parlamente, aus der Hand gegeben und das wurde sogar – ein Zeichen der Zeit – von vielen Stadtverordneten als Befreiung empfunden. Jetzt war die Stadtverordnetenversammlung eigentlich überflüssig. 1932 in einer gewaltigen Anstrengung wurde noch mal ein Haushaltsentwurf erarbeitet, der das riesige Defizit zu decken versprach: durch den Verkauf der BEWAG. Für den Posten des in den Ruhestand versetzten Oberbürgermeisters Böß gab es viele Kandidaten, am Ende machte der Danziger Senatspräsident Sahn das Rennen, einer von der bekannten Sorte Konservativer, die sich selbst als über den Parteien und ihrem Gezänk stehend auffasste. Er stellte – so Henning Köhler – *in besonders klarer und deshalb abschreckender Form jenen Typus des deutschen Konservativen dar, der in seinen Drang zu überleben und an seinem Posten zu kleben, eher Verachtung als Verständnis verdient.* (6) Den Übergang hat er dann wie viele andere Konservative noch den Nazis erleichtern dürfen. Dann waren sie aber auch nicht mehr gefragt, dass sie im roten Berlin überhaupt einen Posten gehabt und mitgear-

beitet hatten, wurde ihnen am Ende, meist 1935 bei einer zweiten Entlassungswelle nach der von 1933 zum Verhängnis.

Die stolze Weltstadt, wohin war es mit ihr gekommen? Es war eine Tragödie und es fehlte in ihr auch nicht an den Schwachheiten und Fehlern, die die Protagonisten der Tragödie haben müssen, damit die Zuschauer nicht nur Mitleid empfinden. Lessing meinte ergänzend: Bei solchem Anblick sollte uns nicht Mitleid bewegen, sondern Furcht vor dem eigenen Schicksal!

Zur Tragödie gehört das Satyrspiel, so auch hier:

Von den in den Sklarek-Skandal Verwickelten blieb nur der DVP-Stadtrat Benecke Berlin erhalten. Er wurde 1934 aus dem Dienst der Stadt entlassen, nach § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, der bestimmte, eine Entlassung sei möglich zur Vereinfachung der Verwaltung. Das nenne ich taktvoll. Kein Bezug auf die Vergangenheit! Er fand eine Anstellung in der Industrie und stellte 1952 einen Antrag auf Entschädigung, ob er eine bekam, weiß ich nicht. Damals war er Bürgermeister von Zehlendorf und später FDP-Abgeordneter im Abgeordnetenhaus von Berlin. Es würde mich interessieren, ob ihn noch jemand an seine Vergangenheit erinnerte. Vermutlich nicht. Ausgerechnet ihn zum Bürgermeister von Zehlendorf zu machen – mir scheint, das war die Rache der Teltow-Irredenta an Groß-Berlin.

Christiane Hoss

Anmerkungen:

(1) Zit. n. Köhler, Henning: Berlin in der Weimarer Republik, in: Ribbe, Wolfgang, (Hrsg.), Geschichte Berlins, Zweiter Band. Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart, München 1987, S. 816.

(2) Irredenta – unerlöste Gebiete, so nannte man in Italien vor 1918 z.B. die Adriaküste um Triest, die noch zum Kaiserreich Österreich-Ungarn gehörte.

(3) Lange, Friedrich C.A.: Groß-Berliner Tagebuch, 2. Aufl. 1982 S. 25.

(4) Vgl. Berlin von heute. Stadtverwaltung und Wirtschaft, von Gustav Böß, Oberbürgermeister von Berlin unter Mitarbeit von Dr. Müller-Wieland, Obermagistratsrat, Berlin 1929, S. 128ff.

(5) wie Anm. 3, S. 176.

(6) wie Anm. 1, S. 909.

“Der Sturz aus einem Leben voll Arbeit und ehrender Anerkennung war so groß!”

Vortrag zur Vorstellung des Projektes “Verfolgte Berliner Stadtverordnete und Magistratsangehörige” gehalten am 18. September 2003

Diese etwas literarische Überschrift (1) für einen mehr nüchternen Artikel über einige Lebensschicksale Berliner Stadtverordneter habe ich mir nicht ausgesucht, werde aber trotzdem versuchen an einigen Beispielen der Überschrift zu folgen.

Aus einem Leben voll Arbeit und ehrender Anerkennung stürzte im Frühjahr 1933 im wahrsten Sinne des Wortes **Bruno Borchardt** (2). Am 17. November 1859 in Bromberg als Sohn des wohlhabenden jüdischen Kaufmanns David Simon Borchardt und dessen Ehefrau Cäcilie, geborene Markuse, geboren. Bruno Borchardt – übrigens sein jüngster Bruder war Julian Borchardt (30.12.1868 – 6.2.1932, 1908 bis 1913 preußischer Landtagsabgeordneter und später auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie stehend u.a. Herausgeber der Zeitschrift “Lichtstrahlen” und zeitweise Mitglied der Internationalen Kommunisten Deutschlands) – besuchte das Gymnasium in seiner Geburtsstadt und beendete die Schule in Berlin am Friedrichs-Gymnasium, da seine Mutter mit den sechs Kindern nach der Geschäftsaufgabe (der Vater war 1871 gestorben) nach Berlin gezogen war. Er studierte Philosophie, Mathematik und Physik in Berlin, schloss das Studium 1884 mit der Staatsprüfung ab und promovierte 1885 in Kiel zum Dr. phil. 1886 heiratete er, verließ den jüdischen Glauben und ließ sich evangelisch taufen. Der Vater von vier Kindern war zunächst Lehrer am Königlichen Gymnasium in Spandau, gab dann seinen Beruf auf und wurde Schriftsteller. Er wandte sich der Politik zu und trat in die SPD ein. Er publizierte mehrere wissenschaftliche Bücher und Aufsätze auf dem Gebiet der Physik. 1898 war die Familie nach Charlottenburg gezogen, hier kandidierte er bereits 1899 für die Stadtverordnetenversammlung und wurde zwei Jahre später erstmalig zum Charlottenburger Stadtverordneten gewählt. Borchardts Haus war vor dem ersten Weltkrieg ein Treffpunkt von Politikern und Wissenschaftlern. Jeden zweiten Donnerstag, so erinnerte sich sein Sohn Harold, kamen Politiker, Wissenschaftler, Reichstagsabgeordnete und diskutierten bei Tee und belegten Brötchen zuweilen sehr konträr. Prominente wie August Bebel, Hellmuth von Gerlach, Friedrich Naumann, Georg Ledebour und später auch Albert Einstein waren Gäste im Hause Borchardt.

Die Atmosphäre in Borchardts Familie, besonders zwischen Eltern und Kindern war so, dass Freunde und Verwandte stets behaupteten: “Eure Kinder werden ja nicht erzogen. Die wachsen auf!” Das kennzeichnet, so Sohn Harold, am besten den freien Geist bei den Borchardts.

Während des Weltkrieges wurde Bruno Borchardt als Oberstudienrat reaktiviert und unterrichtete Mathematik und Physik in den Abiturklassen der Herderschule in Charlottenburg. Nach der Revolution kam er als Ministerialrat in das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. 1919 zum Stadtverordnetenvorsteher in Charlottenburg gewählt, behielt er dieses Mandat bis 1920. Seit 1912 war er auch Mitglied des Brandenburgischen Provinziallandtages, 1919 dessen Präsident. Von 1920 bis 1925 gehörte er der SPD-Fraktion in der Berliner Stadtverordnetenversammlung an und war von Dezember 1921 bis Februar 1926 Mitglied des Preußischen Staatsrats.

Im August 1921 starb seine Frau Helene, im Juni 1922 heiratete er die Kriegerwitwe Gertrud Dröge, geborene Jahn, eine direkte Nachkommnin des Turnvaters Jahn. In dieser Ehe wurde 1928 Sohn Wolfgang geboren, der in die Fußstapfen seines Vaters trat und nach 1945 Physik studierte. Im Jahre 1929, anlässlich des 70. Geburtstages von Bruno Borchardt, gab es in der Berliner Presse würdige Artikel, fünf Jahre später war es nur noch das “Wiener Fremdenblatt”, welches dem Jubilar gratulierte. (3)

Obwohl seit 1886 evangelischer Christ, trafen dem inzwischen pensionierten Bruno Borchardt nach 1933 die nationalsozialistischen “Rassegesetze” mit all ihren Auswirkungen.

Nach Aussagen der Tochter und des Sohnes wurden Bruno Borchardt auf persönliche Anweisung von Hermann Göring die Ruhestandsbezüge zunächst gekürzt, dann gestrichen. Um der gesellschaftlichen Ächtung zu entgehen, zogen die Borchardts Mitte der dreißiger Jahre nach Falkensee bei Berlin, wo sie ein Haus erworben hatten. Hier glaubten sie, den Lebensabend mit dem heranwachsenden Wolfgang in Ruhe verleben zu können. Am 10. November 1938, Borchardt

war 79 Jahre und fast erblindet, stürmten Nationalsozialisten sein Haus, demolierten die Wohnungseinrichtung und er selbst wurde trotz seines hohen Alters schwer misshandelt, so dass er an den Folgen des Pogroms am 14. August 1939 starb.

Anders der Lebensweg des KPD-Stadtverordneten **Karl Dröll**. Der 1897 in Frankfurt/Main geborene Sohn eines Bäckermeisters, besuchte die Mittel- und Oberrealschule, die er 1912 mit der Obersekunda-Reife verließ. Er erlernte den Beruf des Drogisten und war von 1914 bis 1918 Soldat im Ersten Weltkrieg, wurde verwundet und war 20% kriegsbeschädigt. Nach dem Krieg war er einige Monate Zivilangestellter bei Demobilmachungsstellen in Berlin, dann kaufmännischer Angestellter, seit Oktober 1919 beim Anschaffungsamt der Stadt Berlin beschäftigt. 1919 trat er der USPD bei, wie er später schrieb, trat er nach einigen Monaten wegen Nichtkassierung wieder aus. Seit 1925 RFB-Mitglied (4), trat er ein Jahr später der KPD bei. Er übte bis 1933 ehrenamtliche Funktionen im Unterbezirk Berlin-Neukölln bzw. in Berlin-Mitte aus und gehörte der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg an.

1931 wurde ihm beim Anschaffungsamt des Berliner Magistrats gekündigt, er wurde anschließend Angestellter einer Filiale der sowjetischen Handelsgesellschaft "Derop", zuletzt dort stellvertretender Direktor. Karl Dröll gehörte von 1929 bis 1933 als Abgeordneter der Berliner Stadtverordnetenversammlung an, 1930 wählte ihn die Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte zum unbesoldeten Stadtrat; dieser Wahl versagte jedoch der zuständige Oberpräsident die Bestätigung. Am 1. April 1933 festgenommen, kam Dröll drei Monate in "Schutzhaft" nach Plötzensee, im August desselben Jahres erhielt er durch die sowjetische Handelsvertretung ein Visum für eine Reise nach den Niederlanden, dort war er offiziell Angestellter der sowjetischen Handelsgesellschaft "Exportchleb". Im November 1935 kam er in die Sowjetunion, war Sprachlehrer im Klub ausländischer Arbeiter, von 1938 bis 1943 Redakteur und Übersetzer bei der Kommunistischen Internationale (5). 1940/41 absolvierte er einen Lehrgang an der Parteschule der KPdSU (6), er wurde im November 1942 wegen "mangelnder Wachsamkeit" aus der KPD ausgeschlossen und nach Sibirien verbannt.

Vorgeworfen wurde ihm, nicht energisch gegen eine "verbrecherische Verbreitung" von "profaschistischen Gerüchten" entgegengetreten zu sein, und dass er "sie sogar duldet und die Parteileitung davon nicht informierte".

In einer Bemerkung seines einstigen Stadtverordnetenkollegen und Parteivorsitzenden Pleck hieß es: "Gen. Dröll hatte es abgelehnt (ein- oder zweimal), sich vor der Mitgliederversammlung dafür zu verantworten; er war der Einladung nicht Folge geleistet."

Bis 1955 Heizer in einer elektrochemischen Fabrik in Tomsk, konnte er im Dezember 1955 in die DDR ausreisen und wurde im Februar 1956 durch die SED nichtöffentlich rehabilitiert, d.h. sein Parteiausschluss aus dem Jahre 1942 wurde stillschweigend aufgehoben.

Dröll arbeitete zunächst als Redakteur bei der Ostberliner Nachrichtenagentur ADN, zuletzt wohnhaft in Bernau bei Berlin, leitete er dort das Hermann-Duncker-Archiv an der FDGB-Hochschule (7). Karl Dröll starb am 7. Februar 1969. (8)

Wieder anders der Lebensweg des 12 Jahre älteren **Otto Gäbel**, 1885 in Fastenberg/Schlesien geboren, lernte Buchbinder, gehörte seit 1905 in Berlin der SPD an.

Er war bereits 1914 Gegner der Kriegspolitik, einer der Initiatoren der Zeitschrift "Die Internationale" sowie der oppositionellen "Schulungsbriefe" der Niederbarnimer SPD-Organisation. Obwohl ursprünglich im Spartakusbund (9), schloss er sich der KPD bei ihrer Gründung nicht an, sondern blieb in der USPD, war Delegierter des Spaltungsparteitags im Oktober 1920 und des Vereinigungsparteitages von USPD und KPD im Dezember 1920. Als Beisitzer in der Zentrale der VKPD (10) protestierte er mit anderen gegen die Haltung der Mehrheit der Zentrale zur putschistischen Märzaktion 1921 und zur Herausdrängung Paul Levis (11) aus der Partei.

Gäbel blieb aber Mitglied der KPD, war ihr hauptamtlicher Funktionär, u.a. 1921/22 verantwortlich für die "Kommunistische Parteikorrespondenz" und Sekretär der Preußischen Landtagsfraktion. Von 1926 bis 1929 war er Leiter der Kommunalabteilung des ZK (12), seit 1921 Stadtverordneter und später unbesoldeter Stadtrat in Berlin, auch Vorsitzender der kommunistischen

Stadtverordnetenfraktion. Gäbel, ein kommunistischer Multifunktionär, war Mitbegründer und Vorstandsmitglied der "Roten Hilfe" (13), Begründer und Vorstandsmitglied der "Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland" aus der später die I.A.H. (14) hervorging.

Als 1929 in Berlin der Sklarek-Skandal (15) aufgedeckt wurde, erhielt er wegen seiner Verbindung zu den Gebrüdern Sklarek zunächst eine Rüge und wurde dann am 9. Oktober 1929 wegen "unproletarischen Verhaltens" aus der KPD ausgeschlossen. Er blieb aber von 1930 bis 1932 Leiter des "Illustrierten Pressedienstes", einer Unternehmung des "Münzenberg-Konzerns" (16) und war Mitarbeiter der kommunistischen "Welt am Abend" sowie "Berlin am Morgen". Gäbel wurde zusammen mit dem KPD-Stadtverordneten Gustav Degner im Sklarek-Prozess am 28. Juni 1932 zu einer Gefängnisstrafe von eineinhalb Jahren verurteilt und im Gerichtssaal verhaftet. Trotz "Hindenburg-Amnestie" im Dezember 1932 nicht entlassen, saß er bis März 1934 in Haft. Gegen ihn wurde nach 1933 wegen Steuerhinterziehung ermittelt, da er bis zu seinem Parteiausschluss Mitgesellschafter diverser KPD-Unternehmen war. Diese Untersuchung wurde eingestellt. Nach seiner Haftentlassung 1934 nahm Gäbel Verbindung zu Widerstandsgruppen auf. Er war von 1934 bis 1937 erwerbslos, ab 1935 zeitweise Hilfsarbeiter bei Berliner Korrespondenzen. Im Februar 1937 wurde Gäbel vorübergehend verhaftet und wegen Verbindung zum Tschechischen Nachrichtendienst angeklagt, aber aus "Mangel an Beweisen" freigesprochen. Von 1938 bis 1945 arbeitete er als Chefarchivar des "Spezialarchiv der deutschen Wirtschaft" in Berlin. Ab Mai 1945 baute Gäbel das Referat "Opfer des Faschismus" (OdF) im Bezirksamt Berlin-Zehlendorf auf, ab September 1945 war er politischer Leiter der KPD im Stadtteil Nikolassee und ab Februar 1946 Mitglied des Bezirksausschusses des FDGB Berlin-Zehlendorf. Ende der 40er Jahre geriet Gäbel erneut wegen des Sklarek-Skandals in Parteisäuberungen der SED.

Im Oktober 1949 musste er sich vor dem Hauptausschuss der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) erklären, er gab Auskunft über seine Rolle im Sklarek-Prozess und benannte eine Reihe von Zeugen, die alle seine antifaschistische Arbeit bestätigten. Die VVN-Bezirksgruppe Zehlendorf schrieb am 27. November 1951 an den VVN-Hauptvorstand: "(...) Wir sind, da sich der Kamerad Otto Gäbel in der Zeit von 1945 bis heute unsere absolute Wertschätzung durch seine aktive, selbstlose und einwandfreie Arbeit errungen hat, in höchsten Maße daran interessiert, dass in keinem Falle aus Unklarheiten und unberechtigten Verallgemeinerungen an einem bewährten Mit- und Vorkämpfer ein vernichtendes Unrecht verübt wird, weil er auf einem anderen Gebiete vor 22 Jahren gefehlt hatte." Otto Gäbel starb am 1. Mai 1953 in Berlin. (17)

Zum Schluss ein anderer Absturz, der von **Wilhelm Strieder**, 1880 in Dietz/Lahn als Sohn eines Schlossers geboren, lernte er Buchdrucker. Seit 1919 war Strieder, der 1898 der SPD und der Gewerkschaft beigetreten war, bei der Ortskrankenkasse der Buchdrucker in Berlin beschäftigt. Er begann als Schalterbeamter (Obersekretär) und war 1933 stellvertretender Geschäftsführer. Seit 1919 Gemeindeverordneter in Treptow und 1921 dort zum Bezirksverordneten gewählt, amtierte er in den Jahren der Weimarer Republik in diesem Bezirk als (2.) Vorsitzender der SPD. Von 1925 bis 1933 war er Abgeordneter in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Im September 1933 wurde er von der Ortskrankenkasse des Buchdruckergewerbes unter Berufung auf § 4 des "Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" (also aus politischen Gründen) entlassen. Sein Gehalt erhielt er noch bis Ende September 1933, dann drei Viertel des ihm zustehenden Ruhegehalts. In den folgenden Jahren war er als Versicherungsvertreter tätig. Im August 1944 wurde Strieder verhaftet und kam für einen Monat in das Konzentrationslager Sachsenhausen. Unter der Auflage, sich sofort bei der Gestapo in Berlin zu melden, wurde er freigelassen. 1945 wieder Mitglied der SPD, beteiligte er sich aktiv am Aufbau der Partei in Treptow und trat im April 1946 in die SED ein. In einem Brief an den OdF-Hauptausschuss vom 10. August 1946 beschwerte er sich über die Nichtanerkennung als Opfer des Faschismus. Wörtlich schreibt er:

"Auch Wilhelm Pieck als Fraktionsführer der kommunistischen Stadtverordneten-Fraktion könnte sicher aus meiner 10jährigen Zugehörigkeit zur Stadtverordneten-Versammlung der Stadt Berlin (1924-1933) manches über meine antifaschistische Betätigung beglaubigen, falls er sich noch des damaligen "Sozialfaschisten" (18) erinnert, denn heute ist ja Genosse Pieck mein Parteivor-

sitzender und überzeugter Demokrat, der ja die damalige Klassifizierung als Sozialfaschist nicht mehr aufrechterhalten wird!"

1948, inzwischen wieder Mitglied der SPD, konnte Strieder sein 50jähriges Jubiläum als SPD-Mitglied feiern. 1969 zog er von Berlin-Treptow nach Berlin-Britz, am Ende des Jahres, am 6. Dezember 1969 starb er. (19)

Andreas Herbst

Anmerkungen:

- (1) So beschrieb die frühere Stadtverordnete Gertrud Haß, geb. Scholz den Schock ihres Mannes Johannes Haß, Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung bei seiner Absetzung 1933: Gertrud Hass, Leben und Wirken, von ihr selbst erzählt, Berlin 1956 (In der Reihe Köpfe der Zeit, hrsg. von Arno Schulz und Walter G. Oschilewski), S. 36.
- (2) An dieser Stelle sei den Enkelkindern Bruno Borchardts sehr herzlich gedankt, die mir einiges Material zur Verfügung stellten. Außerdem Personalakte von Bruno Borchardt, Geheimes Staatsarchiv Dahlem: I HA Rep 76 Kultuministerium I Sekt. 31 Lit. B Nr. 114.
- (3) Wiener Fremdenblatt v. 20.12.1934.
- (4) Rot Frontkämpfer Bund (RFB), militärische Wehrorganisation der KPD, vereinigte ehemalige Frontkämpfer des ersten Weltkrieges, gegründet 1925, verboten 1929.
- (5) Die Kommunistische Internationale (KI) wurde 1919 in Moskau als eine Organisation kommunistischer Parteien gegründet, 1943 aufgelöst.
- (6) Kommunistische Partei der Sowjetunion.
- (7) Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB), 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone gegründet.
- (8) BArch. SAPMO Dy 30 IV 2/11/v. 4850 Kaderakte Karl Dröll.
- (9) Spartakusbund, gegr. 1918, Organisation der Linken innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung, aus der dann an der Jahreswende 1918/19 die KPD entstand.
- (10) Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands (VKPD), gegründet Ende 1920 aus USPD(Linke) und KPD.
- (11) Paul Levi (1883-1930) war Mitbegründer der KPD, zeitweise ihr Vorsitzender.
- (12) Zentralkomitee (ZK).
- (13) Im April 1921 im Zusammenhang mit den Märzkämpfen 1921 auf Initiative der KPD gegründete Organisation zur Unterstützung politischer Gefangener und Flüchtlinge.
- (14) Internationale-Arbeiter-Hilfe.
- (15) Dazu Christiane Hoss in diesem Rundbrief.
- (16) KPD-Unternehmen mit Verlagen, Zeitschriften mit Massenaufgaben geleitetet von Willi Münzenberg (1889-1940).
- (17) LAB C Rep 118-01 A 3003 OdF-Akte. Siehe auch Kopie des ZPKK-Beschlusses in SAPMO Dy 30 IV 2/4/442 Bl. 390/391.
- (18) Bezeichnung der Sozialdemokraten, vor allem ihrer Funktionäre, durch die KPD, besonders nach 1929.
- (19) LAB C Rep 118-01 A 422536.

Amtlicher stenographischer Bericht (1)

über die Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 1926

[...] **Beratungsgegenstände:**

Anfrage der Stadtv. Gäbel u. Gen. betr. **Scharlacherkrankungen**

Anfrage der Stadtv. Kunze u. a. betr. **Verdrängung der Inhaber des Gartengeländes Haselhorst bei Spandau aus ihrem Laubenzonenbesitz [...]**

Dringlichkeitsvorlage betr. **Gewährung einer weiteren Unterstützung an das Berliner Philharmonische und das Berliner Sinfonie-Orchester [...]**

Antrag des Stadtv. Dr. Salzgeber und Parteifr. betr. **Verlängerung der Polizeistunde**

Anträge

a) der Stadtv. Lüdicke u. Parteifr. betr. **Änderung der Basis der Beamtenbesoldung...**

b) der Stadtv. Czerninski u. Gen. betr. **andere Gestaltung der Besoldungsordnung**

Antrag der Stadtv. Czerninski und Gen. betr. **Anbringung von Gedenktafeln zur Erinnerung an Karl Marx und Ferdinand Lassalle [...]**

Vorst. Haß (2): [...] Die Sache ist in einem Ausschuß gewesen. Berichtersteller ist Herr Dr.

Weinberg. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterst. Stadtv. Dr. Weinberg (3) (S) [SPD]: Meine Damen und Herren! Die Sozialdemokratische Fraktion hatte beantragt, zum ehrenden Andenken an den Aufenthalt der beiden Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus Karl Marx und Ferdinand Lassalle zwei Gedenktafeln an den Häusern, in denen sie in Berlin vorzugsweise gewohnt haben, anbringen zu lassen. Sie hatten die Vorlage einem Ausschuß überwiesen, und der Ausschuß hat mittlerweile getagt. Ich habe die Ehre, Ihnen den Bericht des Ausschusses zu geben.

Meine Damen und Herren! Die Antragsteller haben im Ausschuß ihren Antrag damit begründet, daß es an sich ja wohl überflüssig sei, Worte über das Verdienst dieser beiden großen Männer zu machen. Sie haben nur hervorgehoben, daß beide Männer einen entscheidenden Teil ihres Lebens in Berlin zugebracht haben.

Karl Marx ist im Jahre 1836 nach Berlin gezogen und hat bis zum Frühjahr 1841 in Berlin gewohnt. Er hat hier die Grundlage seiner philosophischen Studien gelegt, unter Savigny, Gans, Bruno Bauer, Köppen und anderen großen Männern studiert. Er hat auch hier zusammen mit Bruno Bauer den berühmten "Doktorclub" (4) gegründet und dort die Grundlage seiner Philosophie geschaffen, die dann später auch zur Grundlage des Marxismus und des von ihm geschaffenen wissenschaftlichen Sozialismus wurde. Er hat auch in Berlin seine erste Schrift über "Die Differenz der demokratischen und epikureischen Naturphilosophie" geschaffen.

Meine Damen und Herren! **K a r l M a r x** hat in Berlin eine ganze Reihe von Wohnungen gehabt. Es wurde aber im Ausschuß von den Antragstellern begehrt, in erster Linie die Denktafel im Hause Alte Leipziger Straße 1 anzubringen, weil dieses Haus sich noch ungefähr in demselben Zustande befindet, in dem es sich seinerzeit befunden hat, als Karl Marx dort wohnte, zudem hat dieses Haus auch eine weitere historische Verbindung als Lessing bei seinem letzten Aufenthalt in Berlin dort gewohnt hat.

Bezüglich **F e r d i n a n d L a s s a l l e s** wurde im Ausschuß der Antrag damit begründet, daß Lassalle zunächst einmal im Jahre 1813 bis 1846 in Berlin gewohnt hat, und dann von 1857 bis zu seinem Tode. Er hat hier einen ganz besonderen Einfluß auf das geistige und wissenschaftliche Leben Berlins ausgeübt. Er hat in den Kreisen der ersten Gelehrten, wie Humboldt, Böckh und all der anderen Großen verkehrt und durch seine Anwesenheit in Berlin wesentlich zur Kräftigung des geistigen Lebens in Berlin beitragen. Lassalle hat in der Hauptsache im Hause Bellevuestr. 13 gewohnt. Es wurde deshalb von den Antragstellern begehrt, an diesem Hause die Gedenktafel zur Erinnerung an seinen Aufenthalt in Berlin anzubringen.

Im Ausschuß, meine Damen und Herren, ist von keiner Seite gegen die Anbringung der Gedenktafel an den bezeichneten Häusern ein Einspruch erhoben worden. Es wurde nur von dem Herrn Bürgermeister erklärt, daß mittlerweile auch der Magistrat bereits einen ähnlichen Beschluß gefaßt und seinerseits beschlossen habe, an den genannten Häusern Gedenktafeln zur Erinnerung an Karl Marx und Ferdinand Lassalle anzubringen. Es wurde daraufhin von der Minderheit des Ausschusses angeregt, die Sache als erledigt zu betrachten. Die Mehrheit des Ausschusses hat jedoch dieser Anregung keine Folge geleistet, zunächst schon deshalb nicht,

weil sie der Auffassung war, daß es sich hier um eine Angelegenheit handelt, die nicht allein vom Magistrat geregelt werden könnte, sondern daß dazu die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung erforderlich sei, da es sich nicht um ein Geschäft der laufenden Verwaltung der Stadtgemeinde handelt. Es wurde zwar von seiten des Magistrats und von seiten einiger Herren des Ausschusses darauf hingewiesen, daß im Etat eine besondere Position von 3000 M für die Instandsetzung von Gedenktafeln, für Adressen usw. enthalten sei und deshalb der Magistrat berechtigt sei, auch ohne Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung die Tafeln anzubringen. Die Mehrheit des Ausschusses blieb jedoch bei ihrer Auffassung, daß hierzu nach Artikel 35 der Städteordnung die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung erforderlich sei, weil es sich eben nicht um ein Geschäft handelt, das ausschließlich dem Magistrat zur Erledigung überwiesen ist. Es schlägt Ihnen deshalb die Mehrheit des Ausschusses vor, im Sinne der Antragsteller zu beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die beiden Gedenktafeln zur Erinnerung an die beiden Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus Karl Marx und Ferdinand Lassalle an den bezeichneten Häusern anbringen zu lassen.

Es wurde im übrigen auch von den Antragstellern zur Begründung noch darauf hingewiesen, daß in Berlin unzählige Gedenktafeln vorhanden sind, beispielsweise allein im Bereich des Bezirks Mitte 40 Gedenktafeln, teilweise Gedenktafeln zur Erinnerung an Leute, die jetzt vollkommen vergessen sind, deren Wirken noch nicht einmal unter Zuhilfenahme des Lexikons zu ermitteln ist. Es sei deshalb eine besondere Anstandspflicht der Stadtgemeinde Berlin, nach der Ansicht der Mehrheit des Ausschusses, auch diese beiden großen Männer nun endlich durch Anbringung von Gedenktafeln gebührend zu ehren.

Stadtv. Koch (5): (DN.) [Deutschnationale Volkspartei] Meine Damen und Herren! Es heißt das Wesen und den Lebensinhalt der beiden Männer nicht vollständig charakterisieren, wenn man sie nur als Begründer des Sozialismus hinstellt. Darum gestatten Sie mir, das nachzuholen, was der Herr Berichterstatter und was der Ausschuß versäumt haben.

Was zunächst **Ferdinand Lassalle** anbelangt, so haben meine Freunde nichts dagegen, daß für ihn eine Tafel angebracht werde. Im Gegenteil, sie haben manches dafür, aber nicht aus den Gründen, die der Herr Berichterstatter angeführt hat, sondern aus den Gründen, die ich die Ehre habe, Ihnen vorzutragen. Ferdinand Lassalle, zunächst einmal als **Bürger** betrachtet, weist für manche sehr rechts eingestellte Männer sympathische Züge auf. Er hatte den Mut, sogar gegen seine Klassengenossen und ihre Vorurteile anzukämpfen. Da ist besonders das, was von den Sozialdemokraten aller Richtungen heute auf das alleräußerste verdammt wird, er trat mit

seinem Blute für seine Ehre ein.

(Zuruf links: Ach! Das würden manche anderen heute nicht machen!)

Dieser Mut auch gegen die Ueberzeugung seiner Klassengenossen läßt Lassalle weit über die Vertreter seiner Ideen in unserer Zeit emporwachsen.

Ein Zweites ist es, was uns Lassalle wertvoll erscheinen läßt. Lassalle war ein Mann, der nicht dogmatisch auf die Internationale eingestellt war, sondern der warme nationale Töne nicht nur zu finden wußte, sondern auch eine nationale Weltanschauung vertrat. Lassalle war der, – wie aus seinem Verkehre mit Bismarck zur Genüge hervorgeht, der in einem

sozialen Königtum der Zukunft den sozialen Staat am allersichersten gewährleistet sah.

(Stadtv. Roth (6): Was der alles aus einem Sozialdemokraten macht! Mir wird ganz schummerrich!)

Wissen Sie, Herr Roth, ich möchte Ihnen ein Wort Lassalles zurufen!

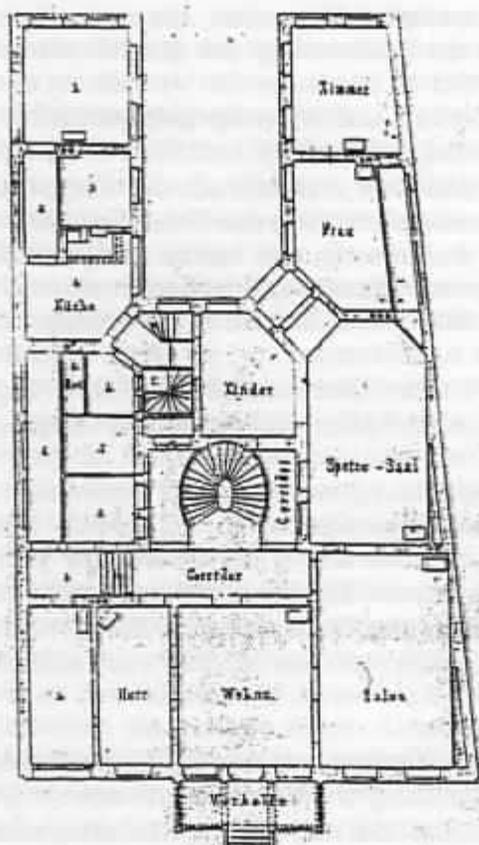
(Stadtv. Roth: Tun Sie das!)

"Gott grüß' Euch, edler Freund! Ihr wißt, es war

Mir stets ein Feiertag, wenn ich Euch sah!"

(Große Heiterkeit)

Meine verehrten Damen und Herren! Lassalle war ein Vertreter des Sozialismus auf



Bellevuestraße 13
Wohnhaus von Ferdinand Lassalle

rechts: Allgemeiner Wohnungsanzeiger Berlin 1861.

links: Repro nach E. Siebel: Der großbürgerlicher Salon 1850-1918, Berlin 1999, S. 80

Bellevuestraße.
1 am Potsdamer Platz.

13 Agthe, Instrumentenmacher.
Gerson, Kaufmann.
Lassalle, Particulier.
Uphoff, Weinhandl. Wwe. E.

nationaler Grundlage und wehrte sogar den Gedanken nicht von sich ab, auch auf der Grundlage einer Monarchie könnte der soziale Staat durchgeführt werden. Die weitere Entwicklung hat Lassalle Recht gegeben. Gegen die sozialen Einrichtungen und Gesetze, die das Deutsche Reich sich dann schuf, hat seine Nachfolgerschaft im Reichstage gestimmt; aber das soziale Königtum, wie er prophetisch voraussah, verstand es, diese sozialen Gesetze gegen die Sozialdemokratie durchzusetzen. (Gelächter links)

Dies macht uns Lassalle sympathisch. Aber, vor allen Dingen, meine Damen und Herren, was uns Lassalle turmhoch über die Vertreter der Sozialdemokratie

unserer Tage hinaushebt, das ist sein warmes Eintreten für deutsches Heldentum, und das z.B. in einem Werke, das die wenigsten unter ihnen kennen werden, von dem ich aber wünschen möchte, daß dieses Musterdrama deutschen Heldengeistes (7) einmal in unserer Zeit auf der Staatsbühne aufgeführt werde.

(Zustimmung rechts)

(Zurufe links: Bei den Komm.[unisten] : Regisseur Pfarrer Koch!)

Allerdings ist es ein Drama, das der Intendant Leopold Jessner (8), Ihr Freund und Parteigenosse, erst einer gewaltigen Umarbeitung unterziehen müßte, um es auf dem republikanischen Staatstheater aufführen zu können.

(Rechts: Sehr gut! – Links: Er führt ja das kommunistische [Drama] "Hamlet" auf!)

Es ist unmöglich, Worte, wie Lassalle sie seinem Helden Franz von Sickingen in den Mund legt, dort sprechen zu lassen:

"Schon einmal hat Germanien mit dem Schwert

Erobert diese Welt und mit dem Geist erobert!

...Wo ist die Scholle dieses Weltalls,

Die nicht gedüngt ward durch Germanenblut?"

Es ist ja unmöglich, daß am Schluß des Dramas, wo sich die nationale Begeisterung auf den Höhepunkt steigert,

(Zuruf bei den Komm.[unisten]: Mit der blauen Brille!)

Worte vorgetragen werden dürfen wie die:

"Zurück, mein Kind! Mich ruft das Vaterland,

Ihm fiebern meine Pulse heiß entgegen.

Dein Los vertrau' ich güt'gen Mächten an,

Mich rufen jene, die den Irrtum rächen.

Ich komme Deutschland! Kaufe jetzt mich los

Vor allem Fehl und eitlen Erdschwächen,

Zog ich die Mauer zwischen dir und mir,

So ist's an mir, sie wägend zu durchbrechen!"

Das sind Worte von gewaltigem Schwung.

(Dauernd Zwischenrufe bei den Kommunisten)

Sie spotten ja Ihrer selbst und wissen es nicht! Das sind Worte von solch edlem nationalen Schwung, daß ich wünschte, die ganze Republik seit dem 9. November hätte auch nur annähernd einen solchen Vers hervorgebracht aus den Kreisen ihrer Gründer, wie ein einziger Vers von Ferdinand Lassalle. Und nun kommen diese Nachfolger – gestatten Sie mir ein Fremdwort, vielleicht verstehen Sie es besser –, diese *E p i g o n e n* (9) Ferdinand Lassalles.

(Bei den Deutschnat.[ionalen]: Sehr richtig!)

und wollen ihm eine Tafel anbringen, wollen ihn *feiern als Gründer des Sozialismus!* Sie umschreiben damit nur einen ganz engen Teil seines Wesens. –

Nein, meine Damen und Herren, wir Deutschnationalen wollen dem Wesen dieses Mannes gerechter werden und stellen einen Abänderungsantrag. Wird dieser Abänderungsantrag angenommen, so sind wir damit einverstanden, daß die Tafel für Lassalle angebracht werde. Der Antrag lautet:

"Auf der Gedenktafel für Ferdinand Lassalle sind folgende von ihm verfaßte Verse anzubringen:

(Lachen links)

– Lachen Sie nachher, meine Herren! Lachen Sie nachher über Ferdinand Lassalle! –

(Zurufe links – Glocke)

"So vor- wie seitdem ward durchs Schwert vollendet

Das Herrliche, das die Geschichte sah,

Und alles Große, was sich jemals wird vollbringen,

Dem Schwert zuletzt verlangt es sein Gelingen."

Bringen Sie diesen Vers auf der Tafel an, so stimmen wir dafür.

(Lebhafter Beifall rechts)

(Bei den Komm.[unisten]: Der Pfarrer mit dem Schwert!)

– Sehen Sie sich vor, es könnte Ihnen vielleicht schlecht bekommen! –

(Heiterkeit)

Ich komme nun zu *K a r l M a r x*. Meine Damen und Herren! Der Ausschuß hat nicht feststellen können, in welchem der neun Häuser in Berlin der Student Karl Marx wesentlich und grundlegend die Bildung empfangen hat, auf der sich nachher seine Theorie entwickelt hat. Es wäre wohl des Schweißes der Edeln wert gewesen, festzustellen, an welcher Stätte in Berlin wir die Geburtsstätte des deutschen Sozialismus verehren können. Da fehlt noch etwas, hier ist noch eine Arbeit nachzuholen.

Und dann, meine Damen und Herren, man könnte ja sagen, man soll einen Menschen an der Stätte ehren, an der er hauptsächlich gewirkt hat. Man könnte z.B., wenn die Anregung dazu von der Studentenschaft ausgeht, in der Berliner Universität eine Gedächtnistafel anbringen lassen.

(Zuruf bei den Soz.[ialdemokraten]: Das ist ja ein Schändung für Karl Marx!)

Oder, meine Damen und Herren, man könnte ihm irgendwo da, wo er hauptsächlich gewirkt hat, ein Denkmal setzen, aber doch nicht dem Studenten! Es hat, Gott sei Dank, auf der Berliner Universität eine ganze Menge Studenten gegeben, die hier den Grund ihres Wissens gelegt haben, die wiederum hoch, auch selbst über Karl Marx stehen und die an dem Hause, in dem sich einst ihre Studentenbude befand, keine Gedenktafel haben.

(Zurufe bei den Komm.[unisten])

Aber, meine Damen und Herren, sei es immerhin wie es wolle. Wollen Sie eine Gedenktafel anbringen, dann muß man zunächst noch die eine Feststellung treffen. Man könnte dazu ein Preisausschreiben unter den neun Hauseigentümern veranstalten, wer sich darum reißt, die Gedenktafel von Karl Marx an seinem Hause anzubringen.

(Rechts: Sehr richtig! – Gelächter links)

Man könnte einen Wettbewerb ausschreiben, es können sich vielleicht acht oder sieben melden. Es ist auch die Frage zu prüfen, ob jeder Hausbesitzer es sich gefallen lassen muß, daß eine Gedenktafel an seinem Hause angebracht wird.

(Rechts: Sehr gut! – Sehr richtig!)

Wir gehen indessen nicht so weit, wir sind heute so kurz vor Weihnachten,

(Lachen links)

milde gestimmt und wollen auch hier entgegenkommen. Wir wollen Ihnen nicht rundweg die Freude kurz vor Weihnachten verderben, indem der Antrag abgelehnt wird. Wir wollen nur zur Förderung der geschichtlichen Wahrheit feststellen, welches Haus in Betracht kommt und stellen deswegen folgenden Abänderungsantrag:

(Zuruf: Samariterkirche!) (10)

"Der Ausschuß hat nicht feststellen können, in welchem der neun von Karl Marx während seiner Studienzeit bewohnten Häuser er hauptsächlich und wesentlich die wissenschaftliche Grundlage für seine Theorie gelegt hat. Die Stadtverordnetenversammlung wolle daher beschließen: Es wird eine gemischte Deputation eingerichtet, um diese Frage zu klären."

(Große Heiterkeit)

Vorst. Haß: Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, schließe ich die Beratung.

(Stadv. Dr. Weinberg: Ich bitte ums Wort!)

Tut mir sehr leid. Ich habe die Beratung geschlossen.

(Widerspruch)

Ich bitte um Ruhe. Ich verlese noch einmal die Abänderungsanträge. Ich möchte aber doch um Ruhe bitten.

(Stadv. Dr. Weinberg: Ich habe das Schlußwort als Berichterstatter!)

Ja, das allerdings. Als Berichterstatter hat das Schlußwort Herr Dr. Weinberg.

Berichterst. Stadv. Dr. Weinberg (S):

Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst konstatieren, daß der Herr Kollege Koch im Ausschuß gewesen ist und an den Beratungen teilgenommen hat, daß er sich aber vollkommen passiv verhielt und uns seine Erleuchtung im Ausschuß nicht hat zuteil werden lassen. Ich glaube, daß es der Ansicht des Ausschusses entspricht, wenn ich ausspreche, daß die Anträge des Herrn Koch nicht recht ernsthaft gemeint sind.

(Rechts: Oh! und Widerspruch!)

Im Ausschuß hat Herr Koch nicht gewagt, seine Ausführungen vorzubringen.

(Zurufe rechts)

Ich kann aber wohl versichern, daß, wenn die Antragsteller den Antrag gestellt haben, sie wirklich auf andere Verdienste Lassalles hinweisen wollten, als auf die Tatsache, daß er schließlich im Duell mit dem Junker von Racowitza wegen Helene von Dönniges gefallen ist. Ich nehme ja an, daß Kollege Koch mit seinem Antrage eine Spitze gegen andere, ihm sonst nahestehende Männer beabsichtigt, die diesen persönlichen Mut nicht aufgebracht haben, vielleicht auch gegen den Mann, der, als der General v. Deimling ihm kurz vor Ende des Weltkrieges empfahl, doch nun mal auch an die Front zu gehen, sich entrüstet dagegen verwahrte und lieber nach Holland ausriß. (11)

(Rechts: Das ist keine Berichterstattung – Zurufe rechts)

(Vorst. Haß: Ja, Herr Kollege Weinberg, Sie haben nur das Wort als Berichterstatter!)

Dann will ich nur als Berichterstatter erklären, daß der Ausschuß, als er den Antrag annahm, ihn nicht von den Erwägungen des Herrn Koch geleitet, angenommen hat, daß er die welthistorischen Verdienste von Ferdinand Lassalle nicht in diesem unglückseligen Duell erblickt hat, sondern darin, daß er zum erstenmal die Arbeiterklasse Deutschlands und der Welt zu selbständigen Leben erweckt, ihr zugerufen hat, daß sie der Fels sei, auf dem die Kirche der Zukunft aufgebaut sei. (12)

Im Ausschuß war man auch nicht so engherzig, genau vorzuschreiben, welchen Wortlaut die Gedenktafeln haben sollen. Im Gegenteil, es ist im Ausschuß von den Antragstellern ausdrücklich hervorgehoben worden, daß es bei der großen welthistorischen Bedeutung von Marx und Lassalle genügt, wenn einfach die Tatsache, daß diese beiden Männer in diesen Häusern gewohnt haben, in Bronzetafeln verewigt wird. Ich kann also erklären, daß es im Sinne des Ausschusses liegt, daß bezüglich Ferdinand Lassalle der Antrag des Herrn Koch abgelehnt wird. Dasselbe gilt auch für den Antrag bezüglich Karl Marx. Es ist im Ausschuß festgestellt worden, daß es Tatsache ist, daß Karl Marx während seines ersten Semesters im Hause Alte Leipziger Straße 1 gewohnt hat. Man ist im Ausschuß davon ausgegangen, daß es nicht möglich sei, die Gedenktafel dort anzubringen, wo Karl Marx in der Hauptsache gewirkt hat, weil er durch eine fluchwürdige Reaktion (13) von Dunkelmännern (14), die dem Herrn Koch und seinen Freunden

geistig nahe stehen, aus Deutschland ausgewiesen worden ist, so daß er den Hauptteil seines Lebens in London verbringen mußte.

(Stadtv. Springfield (15): Ist das im Ausschuß besprochen worden?)

– Das ist im Ausschuß besprochen worden. –

(Zurufe rechts)

(Vorst. Haß: Meine Damen und Herren, überlassen Sie es mir, darüber zu wachen, ob der Berichterstatter als Berichterstatter spricht!)

Im Ausschuß ist auch darüber gesprochen worden, daß schon die Verdienste, die Karl Marx sich in Berlin um seine Lehre erworben hat, vollkommen ausreichend sind, um ihm auch in Berlin ein Denkmal zu setzen. Im Ausschuß ist niemand auf den absurden Gedanken gekommen, wie Herr Kollege Koch es will, ihm ein Denkmal zu errichten in den Hallen der Berliner Universität, weil man im Ausschuß der Ansicht war, daß das bei der gegenwärtigen Reaktion (16) auf den deutschen Hochschulen keine Ehre für Karl Marx, sondern eine Schändung seines Andenkens wäre. Ich bitte Sie also nochmals im Namen des Ausschusses, dem Antrage unverändert zuzustimmen und die offenbar nicht ernst gemeinten Anträge des Herrn Koch abzulehnen.

Stadtv. Koch (DN.) (persönliche Bemerkung):

(Zuruf links: Der Mann mit der Reklambändchenwissenschaft!)

Schaffen Sie sich's mal an!

Diese Worte, Herr Kollege Weinberg, verzeihe ich Ihnen, wie Lassalle verziehen hat. Ich möchte Ihnen sagen, das Wort, daß unser Antrag nicht ernst gemeint sei, tue ich ab mit Lassalles Worten:

"Dies Wort – verzeih' ich euch, Herr Ritter –"

– Verzeihen Sie, daß ich Sie als Ritter bezeichne! –

(Große Helterkeit rechts)

"...Mit dem Beding, daß ich's nie wieder höre!"

(Zurufe bei den Komm.[unisten], insbes. des Stadtv. Fritz Lange) (17)

(Glocke)

Herr Weinberg sollte vorsichtig sein.

Was den anderen Vorwurf angeht, daß ich nicht den Mut gehabt hätte, im Ausschusse das zu sagen, was ich hier gesagt habe, so habe ich gemeinhin die Erfahrung: – –

(Stadtv. Hoffmann (18): Da hatten Sie die Erleuchtung noch nicht!)

Ebenso wie Sie, verehrter Freund Hoffmann. Seit acht Jahren hat in der Berliner Stadtverordnetenversammlung mehr Mut dazu gehört, etwas zu sagen, als im Ausschusse hinter verschlossenen Türen. Aber Herr Weinberg sollte sich doch mit mir nicht messen.

(Stadtv. Dr. Weinberg: Den Ehrgeiz habe ich nicht!)

Es ist eine unvorsichtige Angelegenheit für Sie in bezug auf den Mut. Herr Weinberg, wer den Mut bewiesen hat, als Frontsoldat in Söldin in sicherer Stellung zu liegen,

(Großes Gelächter – Lärm links – Glocke)

der sollte

(Zuruf bei den Kommunisten: Sie haben die Waffen gesehen!)

sich nicht mit mir vergleichen, der ich an der Kampffront unter Kanonendonner vor Reims gelegen habe.

(Vorst. Haß: Das ist nicht persönlich!) (Zurufe bei den Kommunisten) (Glocke)

(Vorst. Haß: Herr Kollege, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf!) (Zuruf: Sie haben den Talar vergessen!)

Ich bin jetzt fertig. Meine Damen und Herren, Ich empfehle also Herrn Weinberg, niemals wieder hier in der Stadtverordnetenversammlung von seinem Mut zu reden.

(Zuruf von links: Das hat er ja gar nicht!)

(Stadtv. Dr. Weinberg: Ich habe nur von dem Ihnen fehlenden Mut geredet!)

Ich empfehle Ihnen, Herr Kollege Weinberg, greifen Sie an, wen Sie wollen, nur nicht Deutsch-nationale. Sie machen sich dadurch bloß noch lächerlicher, als Sie schon so sind!

(Vorst. Haß: Das ist auch keine persönliche Bemerkung gewesen!)

Stadtv. Dr. Weinberg (S) (persönliche Bemerkung):

Meine Damen und Herren! Es widerstrebt mir zwar, mich mit Herrn Koch auseinanderzusetzen. Aber ich möchte doch bemerken, daß meine Begriffe von Mut etwas andere sind, als die seinigen.

(Gelächter rechts – Zurufe)

Ich habe im Kriege meinen Mut dadurch zu beweisen gesucht, daß ich vom ersten Tage an gegen das Völkermorden mit allen meinen schwachen mir zur Verfügung stehenden Mitteln aufgetreten bin.

(Zurufe rechts – Glocke)

Ich bin deshalb verhaftet worden und habe Haussuchungen auf mich nehmen müssen. Ich bin schwerkrank vom Krankenbett aus eingezogen worden mit dem ausdrücklichen Bemerk des Generalkommandos, der besagt, daß ich dienstuntauglich sei, daß ich trotzdem aber nicht entlassen werden dürfe. Ich konnte also Herrn Koch leider nicht die Freude machen, mich auf dem "Felde der Ehre" totschießen zu lassen. Ich glaube dennoch, daß ich meiner Schuldigkeit, für meine Ideen einzutreten, mindestens ebenso gut nachgekommen bin, wie der Herr Kollege Koch es getan hat. Ich bin stolz darauf, welche Stellung ich im Weltkriege vom ersten Tag an eingenommen habe, und habe am allerwenigsten Veranlassung, mich vor Herrn Koch zu verkriechen.

Vorst. Haß: Wir kommen zur Abstimmung. Ich verlese zunächst noch einmal den Beschluß des Ausschusses. Er lautet:

"Unter Annahme des Antrags der Stadtv. Czeminski u. Gen. – Drucks. 927 – ersucht die Versammlung den Magistrat, an einem der Häuser, in denen Karl Marx während seines Berliner Aufenthalts in den Jahren 1836 bis 1841 gewohnt hat, in erster Linie am Hause Leipziger Straße 1, sowie am Hause Bellevuestraße 13, in welchem Ferdinand Lassalle von 1859 bis 1863 gewohnt hat, eine Gedenktafel zur Erinnerung an diese beiden Begründer des modernen Sozialismus anzubringen."

Es liegen zwei Abänderungsanträge des Herrn Koch und seiner Parteifreunde vor. Der erste lautet:

"Auf der Gedenktafel für Ferdinand Lassalle sind folgende von ihm verfaßte Verse anzubringen:

"So vor- wie seitdem ward durchs Schwert vollendet

das Herrliche, das die Geschichte sah,

Und alles Große, was sich jemals wird vollbringen,

dem Schwert zuletzt verdankt es sein Gelingen."

Dann ein zweiter Antrag:

"Der Ausschuß hat nicht feststellen können, in welchem der von Karl Marx während seiner dreijährigen Studienzzeit gewohnten Häuser hauptsächlich und wesentlich die wissenschaftliche Grundlage für seine Theorien gelegt worden ist.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle daher beschließen: Es wird eine gemischte Deputation eingesetzt, um die Frage zu klären."

Ich lasse zunächst über den Antrag, den ich zuerst verlesen habe, abstimmen. Wer dem Antrage der Deutschnationalen Fraktion zustimmen will, bitte ich, eine Hand zu erheben.

(Geschieht)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Geschieht)

Das letztere war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt. Es kommt nun der zweite verlesene Antrag, der eine gemischte Deputation einsetzen will. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich, eine Hand zu erheben.

(Geschieht)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Geschieht)

Das letztere war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt. Wer nun dem Beschlusse des Ausschusses zustimmen will, bitte ich, eine Hand zu erheben.

(Geschieht)

Das ist mit Mehrheit angenommen.

Anmerkungen:

- (1) Ergänzungen in eckigen Klammern und Anmerkungen von Christiane Hoss.
- (2) Johannes Haß, Stadtverordneter 1920-1933, Wahlkreis 13 (Treptow), SPD, Vorsitzender des Verbands der Lithographen, 1924-1933 Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung.
- (3) Dr. Siegfried Weinberg, Stadtverordneter schon in Alt-Berlin, später für den Wahlkreis 1 (Mitte) Rechtsanwalt und (später) Notar, erst USPD, dann SPD.
- (4) richtiger lt. Marx' eigener Aussage: er schloss sich diesem Gesprächskreis von Literaten und Dozenten um Bruno Bauer an. Brief v. 10.11.1837, in: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke Band 40, Berlin 1973, S. 10.
- (5) Julius Koch, Stadtverordneter seit 1919, erst Bürgerliche Vereinigung, dann DNVP, Pfarrer an der Samariterkirche in Friedrichshain, Wahlkreis 5.
- (6) Paul Roth, Tischler, seit 1925 Stadtverordneter der KPD, 1931 Übertritt zur SPD, Wahlkreis 11, Schöneberg.
- (7) Koch meinte die Tragödie "Franz von Sickingen" von Ferdinand Lassalle (1859), aus deren Reclam-Ausgabe er zitierte. Die Tragödie war der Anlass einer berühmten Literatur- und auch Strategie-Debatte von Marx und Engels und auch später, insbes. in der Anfangszeit der russischen Révolution. (Wie macht man erfolgreich Revolution? Woran ist die erste deutsche, der Bauernkrieg, der symbolisch für 1848/49 steht, gescheitert?) vgl. Schläffer, Heinz (Hg.), Erweiterung der materialistischen Literaturtheorie durch Bestimmung ihrer Grenzen, Stuttgart 1974.
- (8) Leopold Jessner, 1878-1945, Regisseur, 1919-1930 Intendant. (ab 1928 Generalintendant) der Staatlichen Schauspiele Berlin, wegen seiner modernen Inszenierungen stark angefeindet, auch antisemitische Angriffe, 1933 Flucht nach Großbritannien, gestorben in den USA.
- (9) Obwohl in der griechischen Mythologie die Epigonen die erfolgreichen Nachkommen sind, denen die Eroberung Thebens 10 Jahre nach dem fehlgeschlagenen Versuch ihrer Väter gelang, war seit Immermanns gleichnamigen Roman (1836) das Wort negativ besetzt, er beschrieb seine Zeit als die von Nachkommen, die die Leistungen ihrer Vorfahren nicht erreichen.
- (10) dort war Julius Koch Pfarrer, vgl. Anm. 5.
- (11) Gleich zwei Provokationen: General Berthold von Deimling hatte sich nach dem Krieg zum Pazifismus bekannt, der Ausreißer nach Holland ist Kaiser Wilhelm II.
- (12) Anspielung, entweder auf Matth. 16:18-19, "Du bist Petrus, und auf diesen Felsen will ich meine Gemeinde bauen" oder auf Heinrich Heines Gedicht, Auf diesen Felsen bauen wir / die Kirche von dem dritten, / dem dritten neuen Testament; / Das Leid ist ausgelitten. // Vernichtet ist das Zweierziel, / Das uns so lang betöret, / Die dumme Leiberquälerei / Hat endlich aufgehört [...] Und Gott ist alles was da ist, / Er ist in unsern Küssen.
- (13) Reaktion: Verteidigung überholter gesellschaftlicher und politischer Zustände gegenüber Reform und Revolution, in Preußen insbes. die Zeit nach 1848/49, später aber auch Bezeichnung der konservativen Opposition gegenüber der Weimarer Republik.
- (14) Die Erwähnung Franz von Sickingens rief wohl die Assoziation auf an die "Dunkelmännerbriefe" (Epistolae obscurorum virorum) mitverfasst von Sickingens Kampfgefährten Ulrich von Hutten; Parodien in köstlichem Küchenlatein, gerichtet gegen Kölner Theologen, die jüdische Schriften, insbes. den Talmud, verbieten und verbrennen wollten.
- (15) Wilhelm Springfeld, Versicherungsangestellter, 1925-33 Stadtverordneter der DNVP, Tiergarten (Stadtwahlvorschlag).
- (16) wie Anm. 13.
- (17) Fritz Lange, Redakteur, Stadtverordneter der KPD 1925-33, Wahlkreis 12 (Neukölln).
- (18) Adolf Hoffmann, Buchhändler und Schriftsteller, Stadtverordneter der SPD von Alt-Berlin seit 1900, später USPD, dann wieder SPD, Wahlkreis 1 (Mitte).

TOPOGRAPHIE DES TERRORS: VOLLENDUNG DES BAUS MÖGLICH

Einhaltung des Kostenrahmens kann durch technische Veränderungen und Standardabsenkungen erreicht werden

Nach Prüfung der vom Architekten Peter Zumthor überarbeiteten und veränderten Konstruktionsunterlagen für den Bau des Dokumentations- und Besucherzentrums der Stiftung Topographie des Terrors, bestätigt eine von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung heute vorgelegte Machbarkeitsstudie, dass ein Weiterbau im vorgegebenen Kostenrahmen von 38,85 Mio. Euro für möglich gehalten wird.

Für den aufgrund der Insolvenz der Rohbaufirma und der daraus drohenden Kostenexplosion seit dem Frühjahr 2002 unterbrochenen Bau, hat der Architekt Peter Zumthor nunmehr eine überarbeitete Planung vorgelegt, die ohne grundlegende Veränderungen der Konstruktionsprinzipien das Stabwerk wesentlich vereinfacht. Dabei werden die sog. Knotenverbindungen von 18.000 auf 6.000 reduziert.

Nachdem der Architekt erkannt hatte, dass die Realisierung seines Werkes bei einer weiteren Kostensteigerung nicht möglich ist, hat er sich in einem im Mai dieses Jahres mit Senator Thomas Flierl und dem Direktor des Dokumentationszentrums Topographie des Terrors, Dr. Andreas Nachama, geführten Gespräch bereit erklärt, Vereinfachungen an seinem Entwurf vorzunehmen.

Senator Peter Strieder: "Es war an der Zeit, dass Peter Zumthor dazu beiträgt, seinen herausragenden Entwurf im vom Parlament zuletzt beschlossenen Kostenrahmen verwirklichen zu helfen. Die Prüfung der vom Architekten vorgelegten Unterlagen haben gezeigt, dass die vorgesehenen Änderungen durchführbar sind und zu Einsparungen führen können.

Wenn damit auch die zuletzt sichtbaren Mehrkosten von rd. 3 Mio. Euro; aufgefangen werden können, entstehen auf der anderen Seite durch die nunmehr notwendigen technischen Veränderungen und Umlanungen neue Kosten von rd. 1 Mio. Euro. Das Bauvorhaben kann nur dann im Rahmen der bewilligten Mittel realisiert werden, wenn die Stiftung Topographie des Terrors sich einverstanden erklärt, Standards in der Innenausstattung und im Außenbereich so abzusenken, dass weitere 1 Mio. € aufgefangen werden können.

Neben der Zustimmung des Stiftungsrates zu diesen Standardabsenkungen, kommt es jetzt darauf an, dass die Ausschreibung der Bauleistungen die Gesamtkosteneinschätzung bestätigt. Erst wenn dies sichergestellt ist, könnten die Bauarbeiten frühestens ab Sommer 2004 fortgesetzt werden."

Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung 20.08.2003

TOPOGRAPHIE DES TERRORS: STIFTUNGSRAT GIBT GRÜNES LICHT

Dr. Thomas Flierl, Kultursenator und Vorsitzender des Stiftungsrates Topographie des Terrors, teilt mit:

"Nach der Unterbrechung der Bauaktivitäten durch die Insolvenz der Rohbaufirma im Frühjahr 2002 und einer europaweiten Neuausschreibung wurde klar, dass eine Realisierung des Zumthor-Baus innerhalb des von Land und Bund bewilligten Kostenrahmens nicht möglich sein würde. Das Büro Zumthor hat nach Beratung mit mir und dem Stiftungsdirektorium Ende Juli in Zürich überarbeitete Planungen vorgelegt, die ohne grundsätzliche Veränderung der Konstruktionsprinzipien das Stabwerk wesentlich vereinfachen und somit wieder eine Rückkehr in den bewilligten Kostenrahmen ermöglichen."

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat die vorgelegten Unterlagen geprüft und festgestellt, dass die Bauaktivitäten wieder aufgenommen werden können.

Vor diesem Hintergrund hat der Stiftungsrat in seiner Sitzung vom 20. August folgenden Beschluss gefasst: "Der Stiftungsrat nimmt zur Kenntnis, dass der Architekt Peter Zumthor durch Vereinfachungen seines Entwurfs für das Dokumentations- und Besucherzentrum der Stiftung Topographie des Terrors sicherstellen wird, dass der Bau im Rahmen des 2001 zwischen Land und Bund vereinbarten Kostenrahmens von 38,85 Mio Euro errichtet werden kann.

Der Stiftungsrat nimmt zur Kenntnis, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung bei der Prüfung der von dem Architekten für die Umplanung vorgelegten Unterlagen zu dem Ergebnis gekommen ist, dass die vorgesehenen Änderungen durchführbar sind. Die Stiftung ist bereit, durch Kostensenkungen im Bereich der Erstausrüstung und der Außenanlagen in einer Gesamthöhe von 1 Mio € die Möglichkeit zu nutzen, den Bau jetzt weiter zu führen und zu vollenden. Der Stiftungsrat stellt fest, dass diese Einsparung die Ausstattung der Stiftung bis zu dem Punkt führt, hinter dem eine sinnvolle, inhaltliche Arbeit der Stiftung nicht mehr möglich wäre.

Der Stiftungsrat geht bei seinen Programmplanungen davon aus, dass die Wiederöffnung des historischen Geländes und die Eröffnung des neuen Gebäudes mit Ausstellungen, Bibliothek, Sammlungen und Veranstaltungen 2007 erfolgt."

**Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur
20.08.2003, 17:47 Uhr.**

Neue Medien in der Museumsarbeit:

Das *Rafael Roth Learning Center* im Jüdischen Museum Berlin präsentiert seit kurzem ein neues Kapitel: Exil in Shanghai

Schon der leere Bau des Architekten Daniel Libeskind war sehr beliebt. Rund 350.000 Menschen wollten sich die schrägen Wände und die Fenster, die nur aus Schlitzen bestehen, selbst ansehen. Mehr als zwei Jahre liegt inzwischen die Eröffnung des Jüdischen Museums zurück. Aufgrund der Vielzahl der Objekte, Schenkungen, Leihgaben werden die einzelnen Ausstellungsbereiche immer wieder verändert, werden immer neue Geschichten "erzählt", die weitere Aspekte der 2000 Jahre alten deutsch-jüdischen Geschichte näher beleuchten. Und der Besucherstrom reißt nicht ab. Das Publikum ist breit gestreut, ein Drittel davon jünger als 30 Jahre. Ein Grund dafür ist bestimmt das *Rafael Roth Learning Center*. Der Titel klingt sperrig – die Multimedia-Präsentation ist es nicht.

Kommen die Besucher das erste Mal im unterirdischen Eingangsbereich an, sind sie wegen der faszinierenden Architektur schnell versucht, den "Achsen" zu folgen. Das sich rechter Hand befindliche *Learning Center* lässt man dabei erst mal links liegen. Nach dem Rundgang durch die Hauptausstellung ist es den meisten zu viel, sich noch vor einen Bildschirm zu setzen. Da empfiehlt sich eine kleine Pause, denn es lohnt sich, das Tagesticket noch für die Multimedia-Präsentation zu nutzen.

Das *Rafael Roth Learning Center* (übrigens benannt nach dem Sponsor) entwickelt sich langsam zu einem eigenständigen Teil der Gesamtpräsentation im Jüdischen Museum; es ergänzt aber auch wunderbar die Hauptausstellung – quasi als Nachschlagewerk. Ohne technische oder inhaltliche Vorkenntnisse kann sich hier jeder Besucher nur mit Hilfe der PC-Maus auf Entdeckungs- oder Bildungsreise begeben – auf deutsch oder in englischer Sprache.

Es gibt acht Einzelstationen mit je zwei Plätzen, an denen man sich unterstützt durch Kopfhörer ungestört den Inhalten widmen kann. Weiter hinten wurden sieben Gruppenstationen mit je drei Sitzplätzen eingerichtet. Sie haben den Vorteil, die neu erfahrenen Einzelheiten sofort diskutieren zu können, ohne die anderen Besucher groß zu stören.

Inhaltlich ist das *Learning Center* in drei Bereiche gegliedert, die beständig wachsen: die "Geschichten" (aktuell sind es 14 einzelne Geschichten, teilweise mit biographischen Ansätzen; vier neue werden derzeit vorbereitet); das "Lexikon" (es wird ständig erweitert; die Begriffe werden in einfachen Texten mit maximal 400 Wörtern erläutert); der "Katalog" (er enthält momentan 80 Objekte, entsprechend den Medienstationen in der Hauptausstellung). Ergänzt wird diese Präsentation durch je eine Station mit der CD-Rom der Enzyklopädie *Judaica* sowie der Shoa



Das *Rafael Roth Learning Center* im Jüdischen Museum
Foto: Jüdisches Museum Berlin

Foundation. Die Stärke des *Learning Centers* liegt in den "Geschichten". Hier kann man in die Tiefe gehen, durch sie wird eine Reflexion des bislang Gewussten oder gerade in der Ausstellung Gesehenen möglich.

Exil in Shanghai

Das Thema Exil in der Zeit des Nationalsozialismus wird im Haus mehrmals einander ergänzend thematisiert: in der "Achse des Exils", im "Garten des Exils", in der Hauptausstellung und im *Learning Center* am Beispiel der Länder Palästina, USA und Shanghai. Die Präsentati-

on in der Hauptausstellung ist sehr klein und wie ich finde wenig anschaulich dargestellt. Hier in der Multimedia-Präsentation ist dies besonders am neu produzierten Beispiel von Shanghai vertieft worden und meines Erachtens wirklich gelungen.



Das Rafael Roth Learning Center im Jüdischen Museum
Foto: Jüdisches Museum Berlin

Mir hat hier besonders gefallen, wie vielseitig es aufbereitet wurde – im konkreten wie im übertragenen Sinn. Gemessen an der Vielfalt des Stoffes ist es dennoch angenehm kurz: Vier Kapitel, für die man bei intensiver Nutzung etwa eine Dreiviertelstunde Zeit braucht. Wem das noch zuviel ist, kann es auch kürzer

haben. Denn als Benutzer hat man die freie Wahl, wie viele der Informationen man abrufen und in welcher Reihenfolge. Den Kapiteln zu folgen ist nur eine Möglichkeit. Die Textblöcke haben mit maximal 600 Zeichen eine angenehme Länge und sind auch nur ein Medium der Informationsvermittlung. Denn Multimedia eröffnet ja die Möglichkeit, viel mit Bildern, Fotos, Tönen und Bewegung zu arbeiten. Apropos Töne: Sehr angenehm beim Zuhören war für mich, dass professionelle Sprecher die Verständlichkeit erleichtern.

"Exil in Shanghai" beginnt mit einem kleinen Film. So hat man in wenigen Minuten einen Überblick, was einen erwartet und ob man weiter in die Tiefe vordringen möchte. Wer direkt in die Geschichte eintauchen möchte, surft einfach mit Hilfe der PC-Maus los. Man lässt sich hier eine Diafolge zum Alltagsleben zeigen oder vergrößert sich dort ausschnittsweise wie mit einer Lupe ein vermeintlich unleserliches Dokument. Oder hat man sich nicht schon immer gewünscht, sich in einen fremden Stadtplan hineinbegeben zu können, die Straßenzüge direkt sehen zu können? Nun, dann sollte man es hier mal ausprobieren. Mehr wird hier nicht verraten. Das alles funktioniert entweder durch Mausclick oder durch bloßes Berühren bestimmter Bildteile mit dem Mauspfel. Was kann man alles mit Fotos machen, um Inhalte eindringlich darzustellen und den Blick zu lenken? Vergrößerungen, Ausschnitte, Hintergrundbilder, Montagen zu Rollbildern zeigen eindrücklich, wie viel Spaß es machen kann, digital zu blättern. Und ganz nebenbei hat man wieder etwas Neues erfahren. So spannend kann interaktive Wissensaneignung sein. Ermöglicht wurde dies durch das vielfältige Material, das Leihgeber und Zeitzeugen dafür zur Verfügung stellten. Erfreulich ist auch, dass dieses Thema nicht, wie so oft, mit dem Kriegsende 1945 abbricht, sondern den Bogen weiter spannt bis in unsere Tage.

Ausgehend von der Überlegung, dass auch Besucher kommen, die nichts zum Thema wissen, wird man durch die vier Kapitelüberschriften "Intro", "Warum Shanghai?", "Ankunft und Alltag", "Nach Kriegsende" quasi an der Hand genommen und geführt. Einzelne Wörter, die nicht allgemein verständlich sind, werden per Mausberührung erklärt, Bildunterschriften und einklickbare Statistiken, Chronologien, Pläne, Tondokumente und biographisches Material ergänzen die Informationen.

Mit Hilfe der technischen bzw. interaktiven "Spielereien" entstand eine gelungene Präsentation zum Thema: Wie erging es den kleinen Leuten im Exil? Wie sah das Alltagsleben aus? Was war plötzlich alles neu bzw. fremd? Wie viele Menschen konnten sich so retten? Warum standen die meisten Flüchtlinge nach Kriegsende erneut vor der existenziellen Frage "Wohin jetzt?" Gab es eigentlich Rückkehrer? Diese Frage wird inzwischen beantwortet: Seit kurzem ist die DEFA-Wochenschauspielsequenz über die Ankunft der 295 Rückkehrer aus Shanghai am Görlitzer Bahnhof am 21. August 1947 mit erläuternden Informationen beigelegt.

Zum Schluss ein paar kleine Anregungen: Es ist schade, dass diese bemerkenswerte Präsentation wirklich nur vor Ort benutzbar ist. Schön wären eine oder mehrere CD-Roms mit den einzelnen Kapiteln oder ein separater (und billigerer) Eintritt nur zum *Learning Center*. Schön wäre auch eine Nutzungsmöglichkeit im Internet. Denn wie viele Besucher kommen mehrmals deshalb ins Jüdische Museum? Allein der stattliche Eintrittspreis von 5,- Euro wird wohl viele davon abhalten.

Neugierig geworden? Dann viel Spaß beim Surfen!

Marion Neumann
wissenschaftliche Mitarbeiterin des Aktiven Museums

Hier noch die Auflistung der derzeit abrufbaren "Geschichten" im *Learning Center*:

Befreiung
Bertha Pappenheim
Christliche Judenbilder
Daniel Libeskind
Exil in Shanghai
Der falsche Messias
Gespräche beim Tee
Juden in Breisach
Ländliche jüdische Küche
Nesthäkchen
Die Revolution 1848
Sehnsucht nach Zion
Transit nach Amerika (1881-1914)
Überleben mit Musik

Ein Verdienstorden für Sylva Franke

Sylva Franke, seit langem Mitglied im Verein Aktives Museum, erhielt am 1. Oktober 2003 im Rathaus den Verdienstorden des Landes Berlin vom Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit überreicht.

Die Senatskanzlei teilte mit:

Sylva Franke emigrierte 1933 nach Südamerika und kehrte 1945 nach Berlin zurück. Gemeinsam mit ihrem Mann eröffnete Sie einen Hotelbetrieb und leitete diesen nach dem Tod ihres Mannes nicht nur erfolgreich weiter, sondern dehnte den Hotelbetrieb nach der Wiedervereinigung auch auf den Ostteil Berlins aus. Weit über den Bereich ihrer unternehmerischen Tätigkeit hinaus engagiert sich die mittlerweile fast 81-Jährige auch sozial, gesellschaftlich und völkerverbindend. Als Mitglied in der Repräsentanz der Jüdischen Gemeinde zu Berlin unterstützt sie insbesondere aus der ehemaligen Sowjetunion emigrierte Juden. Weiterhin hat sie sich um die Förderung der sozialen, kulturellen und politischen Kontakte zwischen Deutschen und Südamerikanern gewidmet.

Zur Ordensverleihung gratuliert der Verein Aktives Museum Sylva Franke ganz herzlich und hofft, auch weiterhin auf das große Engagement Sylva Frankes zählen zu können.

Walter Gyßling

Walter Gyßling: *Mein Leben in Deutschland vor und nach 1933 und Der Anti-Nazi: Handbuch im Kampf gegen die NSDAP*. Herausgegeben und eingeleitet von Leonidas E. Hill. Mit einem Vorwort von Arnold Paucker, Donat-Verlag Bremen 2003. 504 S. EUR 25,40.

1903 wurde Walter Gyßling in München geboren, in eine Familie von süddeutschen Berufsoffizieren, *in der mein Vater, als Ingenieur und Leiter eines großen Industrieversicherungsunternehmens, des "Bayerischen Dampfkessel-Revisionsvereins" der einzige, wegen seines verhältnismäßig großen Wohlstands aber gern gesehene Zivilist war.* (1) Die Mutter, eine Sängerin, hatte bei der Heirat mit dem schon 60 Jahre alten Industriellen ihre Karriere aufgegeben. Die Eltern führten ein glänzendes Leben in der Münchner Gesellschaft mit Stadthaus und Landvilla am Starnberger See. Allerdings starb der Vater bereits im Jahr von Walter Gyßlings Geburt, man war nun auf eine *geräumige Etagenwohnung* beschränkt. Das Vermögen reichte aber für ein sorgloses Leben mit vielen Reisen und für die Förderung des jungen und offensichtlich hochbegabten Sohnes. Viel Wert wurde neben der intellektuellen und musischen Ausbildung auf Sport und Wanderungen gelegt. Die noch junge Mutter machte das alles mit, vernachlässigte aber auch nicht, für den Kontakt mit Gleichaltrigen zu sorgen und hielt streng darauf, dass der Wittelsbacher Erbprinz, wenn er zum Spielen kam, "der Poldi" war und in nichts "der Anna", der Tochter des Hausmeisters vorgezogen wurde. Eine Untertanin war sie also nicht. Gyßling führte dies auf ihre Herkunft aus der Pfalz mit ihren demokratischen Traditionen zurück. Schon als Schüler lernte Walter Gyßling Künstler und Gelehrte kennen, die in München den Ton angaben, er wurde in Philosophie und Soziologie, in das Denken von Sozialdarwinisten und Monisten, aber auch von Pazifisten und Feministen/innen eingeführt, mit Wander- und Landschulbewegung vertraut, mit Gustav Wyneken bekannt. Er folgte der Familientradition und trat im Frühjahr 1917 in das bayerische Kadettenkorps ein, obwohl – oder weil – bereits damals viele der Berufsoffiziere aus seiner Familie zu den Kriegstoten gehörten. In der Kaserne des Kadettenkorps erlebte er am 7. November 1918 die Revolution: *Die Wirkung aufs Korps war bezeichnend. Zunächst wurden unsere gesamten Waffen im Keller vergraben, meine Kameraden waren verwirrt und niedergedrückt, alle unsere Offiziere verschwanden auf einmal bis auf einen uralten Reservehauptmann, der sich betrunken hatte und in seinem Suff dauernd schrie, er verlasse uns nicht, er bleibe bei uns in der "Todesnot". Er blieb auch, schlief aber recht bald ein.* Walter Gyßlings Vermögen war, (er war ja noch nicht volljährig) *mündelsicher* (2) angelegt worden, es war also verloren, die Mutter hatte nicht viel eigenes und musste Zimmer in ihrer Wohnung untervermieten. Walter Gyßling nach wenigen Semestern sein Jura-Studium abbrechen und dankbar sein, dass er durch Familienbeziehungen eine Stelle in einer Bank bekam, obwohl das überhaupt nicht seinen Neigungen oder seiner Begabung entsprach. So oder ähnlich kennen wir das alles, es ist die typische Jugend eines jungen Mannes aus dem kaiserzeitlichen Großbürgertum, der nach dem Krieg feststellte, dass ihm seine Herkunft, seine Begabung, sein Fleiß nicht nutzten, denn er gehörte zur *Generation der Überflüssigen* (3).

Was wurde aus so einem? Das ist klar, vor allem, wenn so einer in München aufwuchs und nicht zufällig eine jüdische Mutter oder Großmutter hatte (Ausnahmen, wo auch die nicht geholfen hat, bestätigen die Regel): Selbstverständlich einer, der Deutschlands Erneuerung betrieb, das angenehme Leben seiner Eltern betrachtete wie der Fuchs die zu hoch hängenden Trauben und schlimmer noch, als deren Schuld und Versagen gegenüber den nationalen und sozialen Aufgaben der Zeit. Ob sich der junge Mann nun wie die meisten seiner Generation nach ganz rechts



Walter Gyßling in den 1950er Jahren
Repro aus dem besprochenen Band

wenden und vor allem anderen ein Antisemit werden würde oder vielleicht nach ganz links – radikal würde er sicher werden, das war nun mal das Schicksal seiner Kohorte, wie die Generationenforscher es nennen. Ein Ausdruck bedenklich militärischer Herkunft, der aber insofern stimmt, als die gleichaltrigen jungen Frauen aus diesem Milieu, deren Zukunft ja auch nicht rosig aussah, sich anders verhielten.

Das tat auch Walter Gyßling. Zuerst freilich begab auch er sich in, wie er dieses Kapitel in seiner Autobiographie genannt hat, den *Strudel der bayerischen Revolution*. Die neue Regierung begründete einen Schülerrat. *Obwohl fast alle meine Kameraden [...] die Revolution ablehnten, wählte mein Jahrgang mich doch in den Schülerrat, der mich dann auch sogleich zu seinem Vorsitzenden machte. Ihr Instinkt sagte ihnen, dass man den neuen Herren zunächst ein freundliches Gesicht zeigen müsse.* Im Münchner Gesamtschülerrat hielt er dann als der Vertreter des Kadettenkorps eine Ansprache, die von der Mehrheit als zu revolutionär empfunden wurde. Gyßling urteilte in der Rückschau hart: über die "jeunesse dorée" (4) der Münchner Gymnasialisten, dass ihm in der eigenen Schule seine Rede noch viel übler genommen wurde, schien ihm selbstverständlich. *Die Mäßigung der Revolutionäre hatte den am 7. November feige davongelaufenen Offizieren den Mut erneut geschwellt.* Die wiederentdeckte Männlichkeit seiner Vorgesetzten war zu viel für Gyßling, der nicht nur aus dem Schülerrat austrat, sondern auch die Vorgänge der Revolutionsregierung mitteilte und so die Auflösung des Kadettenkorps (tags darauf) bewirkte oder doch beschleunigte. Gyßling kam auf eine andere Schule, machte weiter Schulpolitik in Räten, bis hin zum Bayerischen Landesschülerrat, bald aber war die Unruhe in der Stadt so groß geworden, dass die Schule immer öfter ausfiel und er statt dessen politische Versammlungen besuchte. *Es war eine wilde, chaotische, unruhvolle Zeit, aber ich liebe sie noch in der Erinnerung.* Bald kam die Einsicht, dass das idyllische Durcheinander, dass da die Edelanarchisten Gustav Landauer und Erich Mühsam dem Volk als Regierung vorgesetzt hatten, nicht von Bestand sein konnte. Die folgenden Jahre, zuerst die barbarische Hinmetzelung der Revolutionäre, unter ihnen einer von Gyßlings Lehrern, der außer seiner Zugehörigkeit zur USPD nichts mit der Revolution zu tun hatte, waren Erlebnisse, die Gyßling für immer von seiner Familientradition entfremdeten. Er lernte dann die ersten Nazis kennen. *Ich fand mich empört, angewidert, erkannte aber bald, dass diese Leute gefährlicher waren, als es den Anschein hatte, denn Schulkameraden oder Söhne befreundeter Familien, denen er dergleichen nicht zugetraut hätte, bekannten sich zu dieser Bewegung.* In seiner kurzen Studienzeit in Leipzig widmete er sich dann in *fiieberhafter Tätigkeit* dem Aufbau des von seinem Münchner Jugendfreund Wolfgang Hallgarten gegründeten *Kartells republikanischer Studenten*, das nicht nur gegen die völkische Welle in den Hochschulen kämpfte, sondern sich auch von den Kommunisten abgrenzte. *Deren Annäherungsversuche, auf die einige Hochschulgruppen hereingefallen waren, wurden schließlich abgewiesen.* Gyßling war also aus dem *Strudel der Revolution* als überzeugter Demokrat aufgetaucht. Unbefangen schrieb er über seine Bemühungen, bei den Regierungen in Dessau und Dresden für die Einstellung demokratischer Universitätsabsolventen in den Staatsdienst zu werben und von seinen Geldgebern: *ich suchte Unterstützung bei der demokratischen, das heißt damals fast ausschließlich jüdischen Bourgeoisie zu erhalten, die ich bei dieser Gelegenheit in ihren sympathischen und weniger angenehmen Vertretern kennen lernte.*

Nach dem Abbruch des Jura-Studiums fand Walter Gyßling bald einen anderen Beruf als das ungeliebte Bankfach, er wurde Journalist, erst bei der *Allgemeinen Zeitung*, die einen leidenschaftlichen Kampf gegen die politischen Schiebereien beim Hitlerprozess führte und verlor. Aber nicht nur das. Die wichtigsten Geldgeber der Zeitung entzogen ihr daraufhin das Kapital, die Redaktion führte sie nach erbitterten Auseinandersetzungen noch eine Zeit lang weiter. *Kurz vor der Einstellung des Blattes war Hitler auf dem Gnadenweg aus der Festungshaft entlassen worden. [...] Die Reste der NSDAP rieben sich in innerem Zank auf. Wie wir.* Diese Einsicht und dieser Vergleich waren zur Entstehungszeit des Textes (1940) ungewöhnlich, vielleicht sogar anstößig.

In seiner nächsten Stellung erlebte er das gleiche, drei Jahre lang arbeitete er für einen Nachrichtendienst, der die bayerische Provinzpresse bediente und in dem er *als linker Flügelmann der Redaktion* sich politisch nicht allzu sehr exponieren konnte. Es reichte ihm, wenn er sachlich korrekte Berichte liefern und in der Provinzpresse unterbringen konnte. Wer die damaligen *Generalanzeiger* kennt, weiß: das war schon viel. Wieder wechselten die Geldgeber, die Anteile

landeten über Nacht bei den Rechtsliberalen, mit der Unabhängigkeit und Überparteilichkeit war es vorbei, Seine nächste Stelle erhielt Walter Gyßling in der Provinz, wurde Redakteur in Regensburg, einer Hochburg der bayerischen Klerikalreaktion. Mit einem gewissen Neid lese ich, dass es in einer Stadt von damals 70.000 Einwohnern neben Gyßlings neuem Arbeitgeber, den demokratischen "Regensburger Neuen Nachrichten" noch den klerikalen "Regensburger Anzeiger", weiter eine sozialdemokratische und eine bauernbündlerische Tageszeitung und daneben ein linksrepublikanisches, ein wenig zu sehr dem Stadtklatsch zugeneigtes Wochenblatt gab. Auch hier erlebte er erst Erfolge, auch im Kampf gegen Julius Streicher, dann aber wieder einmal die Aufgabe des Blatts durch die Geldgeber, die DDP, nachdem sie in Bayern in der Reichstagswahl keinen Erfolg gehabt hatte.

Nun, 1928, begann die Tätigkeit Walter Gyßlings in Berlin, die für das Leo Baeck Institut und für Arnold Paucker der Grund war, seine Autobiographie wie sein Handbuch *Der Anti-Nazi* zu veröffentlichen. Die Abwehrtätigkeit des *Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens*, die zeigt, dass auch diese, so häufig als allzu angepasst verleumdete, sich zu Deutschland bekennenden Juden nicht passiv das Verhängnis erwarteten, sondern sich wehrten und dabei Bundesgenossen fanden, wurde zunächst vor allem von den jüdischen Mitarbeiter/innen, also Eva und Hans Reichmann geschildert und ihre Berichte gingen in die ersten Publikationen des Leo Baeck Instituts zu diesem Thema ein (5). Auch Walter Gyßling verfasste damals bereits eine Zusammenfassung seiner Erinnerungen an die Arbeit im "Büro Wilhelmstraße" und wurde von Arnold Paucker interviewt. Eine Dokumentation wie die jetzt vorliegende war aber erst nach langjährigen Bemühungen und Forschungen von Leonidas Hill möglich, der wohl alles zusammengetragen hat, was noch zu finden war über die verschiedenen Tätigkeiten des "Büros Wilhelmstraße" des *Centralvereins*. Das erhielt diesen Decknamen, weil der *Centralverein* gegen die Nazis zwar an anderen Stellen offen vorging, z. B. durch Anzeigen von Straftaten oder Schadenersatzklagen bei Boykotten, aber einsehen musste, dass diese Mittel aus der Zeit des Kampfes um die Gleichberechtigung nicht mehr ausreichten. In einer mehr oder weniger (meist mehr) antisemitischen Gesellschaft war jedes Argument, das von Juden selbst kam, bereits dadurch abgewertet und wurde nur noch von Freunden, nicht von Gegnern gehört. Statt sich nun in den Stolz der einzig Vernünftigen zu hüllen und die übrigen Deutschen ihrem Vorurteil zu überlassen, haben sich die jungen CV-Funktionäre notgedrungen auf das Niveau ihrer schlimmsten Feinde begeben, um mit oft primitiven Mitteln Einfluss auf die Wähler/innen zu nehmen. Was heute "Bild" und Glotze (6) ist, das waren damals spektakuläre Auftritte in Versammlungen, Massenversand von Heftchen mit kurzen, simpel formulierten Texten, Bildpropaganda mit Klebezetteln und auf grellfarbigen Plakaten, alles Dinge, die als unseriös galten. Den Geldgebern der Arbeit, d.h. den Mitgliedern des CV, den *jüdischen Geheim- und Kommerzienräten* (Arnold Paucker), war das nicht leicht zu vermitteln. Wahrscheinlich war es auch nicht einfach, einem Nichtjuden eine solche zentrale Stellung einzuräumen, aber es musste sein. Juden waren von der Teilnahme an NS-Veranstaltungen ausgeschlossen und falls sie doch hingingen und sich zu Wort meldeten, traf zu, was bereits gesagt wurde: Jedes ihrer Argumente war allein durch ihr Jude-Sein entwertet. So weit war es ja schon gekommen. Dass sie außerdem, hätte man sie erkannt, in großer Gefahr gewesen wären, kommt hinzu, war aber sicher nicht entscheidend. Nachdem Walter Gyßling in den *Abwehr-Blättern* (des überkonfessionellen Honoratiorenvereins zur Abwehr des Antisemitismus, der 1929 schon sehr an Bedeutung und Mitgliedern verloren hatte) einiges zur NS-Propaganda und wie man ihr begegnen könne, veröffentlicht hatte, wurde er erst auf Zeit, später auf Dauer vom "Büro Wilhelmstraße" angestellt. Seine erste Mission nach Coburg, die zweite nach Bayreuth schilderte er höchst anschaulich und amüsant. Beide Provinzstädtchen wurden von einem Hof beherrscht, von dem Ansehen und Geschäfte abhingen, dem der abgesetzten und beleidigten, Herzöge von Sachsen-Coburg-Gotha und dem Hof von Winifred Wagner. Beide waren schon früh Adolf Hitler verfallen und die *gute Gesellschaft* beider Städte damit mit. Anders stand es auf dem Lande, wo die Nazis sich das Elend der Heimarbeiter zunutze machen konnten, die zwar nur mit ihrer Familie, oft in einem einzigen Raum, ihre Holzspielzeuge für einen Stückpreis, der ihnen kaum das Überleben ermöglichte, anfertigten, aber durchaus keine Arbeiter sein wollten und auf der Anrede "Herr Fabrikant" bestanden. Es war den Arbeiterparteien nicht gelungen, in diesem Milieu Fuß zu fassen. Vermutlich hatten sie diese

Leute auch spüren lassen, wie wenig sie ihr Statusdenken verstanden. Nun konnten die Nazis mit "Der Jud ist schuldig" diese vernachlässigten Menschen gewinnen. Der Bericht über die Basis der NS-Erfolge in Franken überzeugte offensichtlich den *Centralverein* und Walter Gyßling bekam die Chance, im "Büro Wilhelmstraße" auf Dauer zu arbeiten, sein Archiv anzulegen (nicht, dass er nicht schon eins mitgebracht hätte, er war ein lebenslänglicher Exzerpt- und Ausschnittsammler). In den folgenden Jahren wurde es zum vollständigsten über die NS-Presse und dazu wurden noch Versammlungsreden mitstenographiert und aufgenommen. Als das Auswärtige Amt 1932 vergeblich nach Material über die Haltung der NSDAP zu Litauen suchte, überreichte das "Büro Wilhelmstraße" gutnachbarlich eine Akte mit 35 Stücken. So wohlinformiert konnte Walter Gyßling immer wieder in Versammlungen erfolgreich gegen die Nazis argumentieren. Sein äußerer Habitus, den Arnold Paucker als den eines Offiziers beschreibt und der im Notfall von ihm benutzte Kasernenhofton kamen ihm dabei zugute. Damit auch andere es ihm nachtun konnten, stellte er das *Handbuch im Kampf gegen die NSDAP; Der Antinazi* zusammen. Dies musste übrigens als Loseblattsammlung erscheinen, die NS-Positionen wechselten ja so schnell wie und noch weit sprunghafter als Gesetze und Verordnungen. Es gelang – und das "Büro Wilhelmstraße" hat dazu zweifellos beigetragen – in den Wahlkämpfen des Jahres 1932 die Erfolgsgeschichte der NSDAP bei Wahlen zu stoppen. Aber wir wissen, dass das zu der endgültigen Entscheidung der kaiserzeitlichen Führungsschichten für die nationalsozialistische Form von "Deutschlands Erneuerung" und damit zum 30. Januar 1933 führte.

Der Rest ist schnell erzählt. Das Archiv, da mehrere Tonnen schwer und nicht mehr ins Ausland zu retten, wurde kurz darauf nach Bayern geschafft und vernichtet. Walter Gyßling musste bald fliehen und ging zunächst nach Paris. Er erlebte dort das Schicksal der meisten politischen Exilanten in Frankreich, schlug sich mühsam durch, wurde ausgebürgert, 1939/40 interniert und konnte sein Leben schließlich nur retten, weil seine Großeltern väterlicherseits Zürcher Bürger gewesen waren. Es fällt mir schwer es zuzugeben: In diesem Fall (ich kenne auch noch andere) war das *ius sanguinis* (7) von großem, lebensrettenden Nutzen! Gyßling durfte in der Schweiz bleiben, nachdem er aus Frankreich dorthin hatte entkommen können. Er blieb dort bis zu seinem Tode 1980, erwarb durch seine journalistische Arbeit nie Reichtümer, war aber zufrieden, solange man ihm nur die Möglichkeit bot, zu vielen und kontroversen Fragen seine Meinung zu veröffentlichen, woran es nicht nur im Kriege, sondern auch danach in der Schweiz ab und an mangelte. Gyßling war und blieb Freidenker, Gegner jeden Dogmatismus, kein Freund der Bundesrepublik wegen ihrer Integration der alten Nazis, aber auch keiner der DDR, Atomkraftgegner, Gegner des Vietnamkriegs und Gegner vor allem der katholischen Kirche und ihrer Allianzen mit den Mächtigen. Dass er mit solchen Anschauungen an der *Goldküste* des Zürcher Sees oder auch in Bern sich unbeliebt machte, in der Zeit des Kalten Krieges von den Behörden als Kommunist angesehen wurde, kann man sich denken.

Um zum Anfang zurückzukehren: Wie kann man es erklären? Da ist ein Deutscher, der, obwohl er die meisten Verluste seiner Generation mit den anderen teilte, obwohl er nicht den vielbeschworenen festen Halt eines kirchlichen oder von der Arbeiterbewegung geprägten Milieus hatte, allen Versuchungen seiner Zeit widerstand und sich von keiner *Volksgemeinschaft* bezaubern ließ. Liegt es an dem einen Umstand, den ich am Anfang dieses Artikels bewusst verschwiegen? Seine Mutter war vorurteilslos genug, um ihn in einer Krise seiner Jugend in psychoanalytische Behandlung zu geben, und zwar – wenn schon denn schon – bei Sigmund Freud. Walter Gyßlings Psychoanalyse, von der in der Freud-Literatur meines Wissens nie die Rede ist, müsste dann wohl zu den größten Erfolgen des *Altmeisters* (so nannte ihn Gyßling) gezählt werden.

Zum Abwehrkampf gegen die Nationalsozialisten und zum jüdischen Widerstand ist in diesem Jahr eine erweiterte Neuauflage des Standardwerks von Arnold Paucker erschienen:

Arnold Paucker: *Deutsche Juden im Kampf um Recht und Freiheit, Studien zur Abwehr, Selbstbehauptung und Widerstand der deutschen Juden seit Ende des 19. Jahrhunderts*, Berlin 2003.

Ein Sammelband, vom Campus-Verlag für den November 2003 angekündigt, wird darüber hinaus die Kontinuität des jüdischen Engagements für die Demokratie im vergangenen Jahrhundert

behandeln und neben den Beiträgen der Herausgeber weitere von Götz Aly, Uta Gerhardt, Marieta Krauss, Arno Lustiger, Ingo Müller, Alfons Söllner und Ingrid Strobl enthalten.
Hans Erlar, Arnold Paucker, Ernst L. Ehrlich: Gegen alle Vergeblichkeit. 400 S., EUR 45,-
Frankfurt/M. 2003.

Christiane Hoss

Anmerkungen:

- (1) Walter Gyßling, Mein Leben in Deutschland vor und nach 1933 und Der Anti-Nazi: Handbuch im Kampf gegen die NSDAP, hrsg. und eingeleitet von Leonidas E. Hill. Mit einem Vorwort von Arnold Paucker. Bremen 2003, S. 64, die Zitate im folgenden ebenfalls aus diesem autobiographischen Bericht werden hier nicht einzeln nachgewiesen.
- (2) Mündelsicher sind besonders sichere Geldanlagen, die daher ein Vormund für sein Mündel machen darf, heute gelten als mündelsicher z. B. Hypotheken, und Staatspapiere, soweit sie von der Bundesregierung und dem Bundesrat als mündelsicher anerkannt wurden. Auch vor dem 1. Weltkrieg nahm man an, dass der Staat nie Bankrott machen könne und betrachtete daher Staatspapiere als mündelsicher.
- (3) Detlev J. K. Peukert, Die Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1987, S. 26.
- (4) Jeunesse dorée – vergoldete Jugend, zur Zeit des Direktoriums in Paris üblicher Ausdruck für die Söhne reicher Eltern, die zwar der Monarchie zuneigten, aber sich nicht politisch betätigten, sondern ihr Leben genossen. Später allgemeiner für die Söhne reicher Eltern, die ohne eigene Leistung eine Vorzugsstellung in der Gesellschaft hatten.
- (5) Mosse, Werner/Paucker, Arnold (Hg.) Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik. Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 13, Tübingen 1965. Paucker, Arnold: Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte Bd. IV. Hamburg 1969.
- (6) Die einzigen Medien, die Wahlen entscheiden können, der Ausdruck wird Gerhard Schröder zugeschrieben, der, soweit ich es weiß, nie dagegen protestiert hat.
- (7) *Ius sanguinis*, Recht des Blutes bzw. der Abstammung, bei dem die Staatsbürgerschaft von den Vorfahren ererbt wird im Gegensatz zum *Ius soli*, Recht des Bodens, bei dem jedes im Lande geborene Kind dessen Staatsbürger/in ist.



6. November 2003: Diskussionsabend zum Ausstellungsprojekt Zwangsarbeit in Berlin 1938-1945 der Berliner Regionalmuseen, im Bild Barnt Roder und Andreas Eberhardt (links). Foto: Gegen Vergessen Für Demokratie e.V.

Pars pro toto: Ein Lehrbuch

Hans-Rainer Sandvoß: *Widerstand in Wedding und Gesundbrunnen*, hrsg.v. Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin 2003, 352 Seiten, kostenlos in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand erhältlich.

Mit dem im Frühjahr 2003 von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand veröffentlichten Band *Widerstand in Wedding und Gesundbrunnen* ist die *Reihe Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945* auf mittlerweile vierzehn Bände angewachsen. Als "grauer Block" nimmt sie nun beachtliche 25 Zentimeter im Bücherregal ein.

Dieser vierzehnte Band schließt an den ersten der Reihe an: *Widerstand in einem Arbeiterbezirk*. Er ist aber keine Neuauflage oder bloße Überarbeitung, sondern eine komplette Neubearbeitung. Aus der großen Resonanz, die der erste Band 1983 gefunden hatte, schöpft dieses neueste Buch von Hans-Rainer Sandvoß. Die Vielzahl der hier veröffentlichten Zeitzeugenberichte spiegeln diese Reaktion wider. Seit 1983 konnten aber auch etliche Aktenbestände für den Widerstand im Wedding erschlossen werden, so dass sich eine dichte Darstellung des lokalhistorischen Geschehens während der NS-Zeit ergibt.

Der innerhalb von zwanzig Jahren erreichte Wissensfortschritt lässt sich schon allein an der äußerlichen Stärke des neuen Bandes erkennen: Gegenüber den gut hundert Seiten des ersten, der noch einer Broschüre ähnelte, wartet der vierzehnte Band mit 350 dichtbedruckten Seiten auf.

Aber noch nicht genug der statistischen Vergleiche: Brauchte der alte Wedding-Band für das Literaturverzeichnis nur eine locker bedruckte Seite, so finden sich im neuen Band sechs zwei-

spaltig, in kleinster Schrifttype engst bedruckte Seiten. Auch dieser Vergleich verdeutlicht, dass in den letzten zwanzig Jahren vielfältige lokalhistorische Darstellungen und themenspezifische Untersuchungen hinzugekommen sind, aus denen eine solche Zusammenstellung heute in reichem Maße schöpfen kann. Damit erntet die verdienstvolle *Reihe Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945* das, was sie selbst vor Jahren gesät hat.

Während die inhaltliche Gliederung nur unwesentlich vom ersten Band abweicht, findet in den einzelnen Abschnitten eine außerordentliche Vertiefung statt. In großer Breite wird das politische Geschehen im Bezirk Wedding vom Ende der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Diktatur geschildert. Der Blick auf diese Zeit ist damit wesentlich erweitert worden. Der 1983 noch sehr programmatisch klingende Titel "Widerstand in einem Arbeiterbezirk", zusammen mit dem damaligen Titelbild eines Demonstrationzuges des Rotfrontkämpferbundes, erfährt im neuen Band eine Korrektur. Dass Widerstand auch wesentlich außerhalb der Arbeiterbewegung geleistet wurde, selbst in einem Arbeiterbezirk, ist

Widerstand
1933–1945

BERLIN



Hans-Rainer Sandvoß

Widerstand in einem Arbeiterbezirk

1983: Widerstand in einem Arbeiterbezirk

hier nun zu erfahren. Aus der Vielzahl der vorgelegten Zeugnisse von Mut und Zivilcourage sei deshalb beispielhaft aus der Pfingstpredigt von Paul Mundt, am 26. Mai 1934 in der Nazarethkirche auf dem Wedding Leopoldplatz gehalten, zitiert: "Brüder und Schwestern, sollen wir zu alledem schweigen? Wollen wir müde und matt, schwach und verzagt alles über uns ergehen lassen? Nein! Wie mahnt der Apostel: Steht im Glauben, seid männlich und seid stark! Lassen wir uns nicht unterkriegen von den Verhältnissen – Pfingsten ist da." (S. 236)

Ein wesentliches Ergebnis des Bandes ist dann auch die Erkenntnis, dass Widerstand sich am ehesten außerhalb der straffen politischen Organisation behaupten konnte. Die informellen Netze persönlicher Beziehungen scheinbar unpolitischer Kreise verringerten die staatlichen Zugriffsmöglichkeiten. Ein Beispiel dafür aus dem besprochenen Band ist der Helferkreis um den Gefängnispfarrer Harald Poelchau und die Vikarin Ilse Kersten in der Friedrich-Ebert-Siedlung. Die meisten der Beteiligten entgingen der Verfolgung durch das Regime.

Demgegenüber überrascht, dass ausgerechnet in einem Arbeiterbezirk wie dem Wedding der im Rahmen politischer Parteien und ihrer Strukturen organisierte Widerstand so schnell zerschlagen wurde. Das zeigt das längste Kapitel des Bandes über die Kommunistische Partei Deutschlands (S. 101-177) im Bezirk. Die KPD war seit Ende der 1920er Jahre die stärkste politische Kraft im Wedding. Bei den Reichstagswahlen im November 1932 stimmten beispielsweise sogar 47,1 Prozent der Weddingener für diese Partei. Den Nazis galt der Wedding deshalb als "marxistisch verseucht". Hans-Rainer Sandvoß gelingt es eindrucksvoll, die Hilflosigkeit des parteipolitisch organisierten Widerstandes und ihr vorprogrammiertes Scheitern in den Netzen des Terror- und Überwachungsstaates herauszuarbeiten. Von einer Situationsbeschreibung um 1933 ausgehend, die Frage des vielfachen "Frontenwechsels" unter den KPD-Anhängern nicht aussparend und auf den SA-Terror zurückführend, dekliniert Sandvoß die unterschiedlichen bezirklichen Parteistrukturen bis hinunter zu den Straßenzellen durch. Den Funktionsträgern und den Gliederungen dieses parteilichen Organisationsnetzes wurde ihre Bekanntheit zum Verhängnis. Auf die Anforderungen der Illegalität waren die bezirklichen Parteiträger nicht oder nur schlecht vorbereitet. So gelang es der Gestapo bis spätestens 1936/37, den Weddingener KPD-Apparat fast vollständig zu zerschlagen. Ein



2003: Widerstand in Wedding und Gesundbrunnen

möglicher Widerstandsfaktor auf der Grundlage parteilicher Organisation wurde damit in ganzer Breite gebrochen. Ernüchternd an dieser Darstellung ist außerdem, dass auch die der KPD assoziierten Gruppen, bis hin zu Sportvereinigungen, der Totalität der Überwachung unterlagen und sich folglich auflösten. Ein hoher Organisationsgrad und komplexe Organisationsstrukturen konnten gegen den Nationalsozialismus nur wenig ausrichten. Die für dieses Kapitel herangezogenen Prozessakten belegen außerdem, in welcher Breite bereits in den ersten Jahren bis 1936 die Bespitzelung, Überwachung und Verfolgung durch den Staat erfolgte. Die zahlreichen Verhaftungen schüchterten das politische Basismilieu im Bezirk ein und führten zu einer breiten Verunsicherung. Entsprechend waren schon 1935 nur noch wenige Genossen dazu bereit, sich an der Herstellung und Verteilung illegaler Schriften zu beteiligen. (S. 138)

Entgegen der bezirklichen Machtverteilung war der Wedding also kein Zentrum des Widerstandes. Er war vielmehr ein "durchschnittlicher" Bezirk, in dem es von links bis rechts viele oppositionelle Gruppierungen gab, von denen aber keine Tendenz besonders überwog. In den großen Betrieben des Bezirkes war der Widerstand bereits vor der Machtübergabe gebrochen worden: Politisch engagierte und parteilich organisierte Arbeiterinnen und Arbeiter waren hier bereits während der Wirtschaftskrise am Ende der Weimarer Republik entlassen worden.

Im Wedding, und das ist auch bezeichnend für Arbeiterviertel, hatte es die innerkirchliche Opposition besonders schwer. In den evangelischen Kirchengemeinden des Wedding dominierten die Deutschen Christen. Anhand von Akten und Zeitzeugenberichten kann Hans-Rainer Sandvoß die ganze Palette des von den Deutschen Christen betriebenen Kleinkriegs gegen die Opposition aufzeigen: Bespitzelung, Denunziation, Drohungen, Schikanen, Verleumdungen und die Verbreitung von absurden und grundlosen Beschuldigungen. Dass trotz dieser nationalsozialistischen Dominanz in den Kirchen des Wedding noch bis 1938 Judentaufen (durch Pfarrer Herbert Teichmann an der Osterkirche Samoa-Ecke Sprengelstraße) möglich waren, ist eines der vielen beeindruckenden Details in dieser wahren Fülle neuer Informationen.

Die ausführliche Darstellung zum Widerstand in den Kirchengemeinden des Wedding zeigt eine Tendenz an: Der Bericht geht sogar über seinen eigentlichen Auftrag hinaus und wird zu einer Gesamtdarstellung über die Weddinger Kirchengemeinden während des Nationalsozialismus. Weil unsere heutige Definition von Widerstand im Unterschied zu früheren Zeiten sehr viel differenzierter ist, zeichnet sich hier die Darstellung einer zeithistorischen Topographie ab. Ein gewählter Stadtbereich wird auf seine Entwicklung in einer bestimmten Zeit befragt. Und damit rücken auch "Ansätze oppositioneller Tätigkeit" (224) in das Interesse der Darstellung vor. Dieser vierzehnte Band der *Reihe Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945* wird somit zu einem bezirksgeschichtlichen Kompendium. Und das gilt auch für etliche bereits zuvor erschienene Bände der Reihe.

Über die bezirkshistorische Bedeutung der Darstellung hinausgehend gelingt es Hans-Rainer Sandvoß immer wieder, das lokalhistorische Geschehen in einen komplexen historischen Kontext einzubetten. So stehen die einzelnen inhaltlichen Abschnitte nicht für sich isoliert, sondern stets in einem Zusammenhang zu dem sonstigen Geschehen in Berlin 1933-1945. Die Bezirks-geschichte zeigt sich im umfassenden Kontext der gesamtberliner Widerstandsgeschichte. Das gelingt dem Autor auch, indem er die regionale Verquickung von Widerstand in Wedding mit anderen Bezirken, besonders mit Reinickendorf, Pankow und Mitte aufzeigt und sich nicht von einer krampfhaften Bezirksbeschränkung leiten lässt. Damit wird gleichzeitig deutlich, wie schwierig strenge topographische Abgrenzungen gerade bei Innenstadtbezirken sind. Bei einer solchen umfassenden Einbettung geraten natürlich ab und an die lokalhistorischen Bezüge etwas aus dem Blick. Beispielsweise hätte dem Abschnitt zur Uhrig-Gruppe eine Strafbefugung gut angestanden, und für die Beschreibung der Rolle und Bedeutung Beppo Römers hätte auch der Absatz aus dem 1983 erschienenen Wedding-Band genügt. Aber das sind schließlich nur Details, die den Lehrbuch-Charakter dieses Bandes wenig schmälern können. Etwas hinderlich ist dagegen das Abkürzungsverzeichnis. Einige der benutzten parteipolitischen Kürzel sind

darin nicht verzeichnet. Eine strengere redaktionelle Bearbeitung wäre in dieser Hinsicht für künftige Bände wünschenswert.

Bleibt schließlich noch ein letzter Wunsch: Nachdem die Widerstandsgeschichte der Berliner Bezirke nun so gründlich erarbeitet vorliegt, fehlt eigentlich nur noch ein 15. Teilband: Ein **Gesamt-Personenverzeichnis**, das den Umgang mit den Teil-Bänden erheblich vereinfachen könnte. Allerdings dürfte ein solches Register kaum unter 100 Seiten liegen, wenn man den Umfang der einzelnen Namensverzeichnisse hochrechnet. Dieser Wunsch ist auch deshalb besonders wichtig, weil jeder Band auch einem Verzeichnis der Lebensgeschichten derjenigen gleicht, deren Widerstand von den Nationalsozialisten mit der Todesstrafe geahndet wurde oder derjenigen, die aus den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern nicht mehr lebend zurückkehrten und damit auch die Funktion eines Gedenkbuches haben könnte.

Martin Schönfeld

Na ja, das prägt einen eben – Nou ja, dat hou je ervan over

Ein erstes Hör- und Lesebuch als Dokumentation zum Projekt "Der Löffel meines Vaters"

Das Aktive Museum hatte in den Jahren 2001 und 2002 das Künstler-Projekt "Der Löffel meines Vaters" von René Klarenbæk und Sabrina Lindemann zur Zwangsarbeit in den Tegeler Borsigwerken mit unterstützt.

Eine erste Dokumentation zu diesem Projekt liegt nun als Hör- und Lesebuch vor. In vier Kapiteln und mit vier Audio-CD lassen sich die Erinnerungen an die Zwangsarbeit in den Tegeler Borsigwerken nachlesen und hören. Jedes Kapitel stellt den Erinnerungen eines holländischen Zwangsarbeiters auch die Erinnerungen eines deutschen Arbeiters oder zur Arbeit bei den Borsigwerken zum Dienst Verpflichteten gegenüber.

Die Dokumentation ist zweisprachig, wobei die Berichte der Holländer ins Deutsche und die Berichte der Deutschen in die niederländische Sprache übersetzt sind. Wer die Berichte der deutschen Zeitzeugen lesen möchte, muss die CD's hören, im Band sie nur in der niederländischen Sprache transkribiert. Das gleiche gilt für die Berichte der holländischen Zeitzeugen, die im Original auf den CD's zu hören sind, in Übersetzung in der Dokumentation abgedruckt sind.

So lässt die Dokumentation diese verschiedenen Lebenswege sich kreuzen, etwa mit Johanna Polatzek, die als Studentin für die Arbeit bei Borsig zwangsverpflichtet wurde.

Das Projekt ging aus von den einzelnen betroffenen holländischen Zwangsarbeitern. Mit ihren Berichten ist in der Dokumentation ein "intersubjektives Bild der Vergangenheit" entstanden. Über die Zwangsarbeit in den Tegeler Borsigwerken berichten: Martin Bartsch, Kees Duindam, Adriaan Duivestijn, Leo Duyzend, Philip Engel, Rudi Gehrig, Gisela Gottwald und Johanna Polatzek.

Dass diese Dokumentation nun vorliegt ist auch wesentlich der Stichting Holländerei zu verdanken. Die erste Auflage von 100 Stück ist für Bibliotheken in den Niederlanden und in Deutschland gedacht. Freundlicherweise hat auch die Bibliothek des Aktiven Museums ein Exemplar erhalten, das gerne ausgeliehen werden kann.

Im Rahmen einer festlichen Präsentation Anfang September 2003 wurden im Roten Rathaus als weitere mediale Dokumentationen des Projektes auch der Kurzfilm "Vaterbilder" (8 Min.) von Barbara Kasper und Lothar Schuster sowie die Video-Montage "Freiwillig zurück" (15 Min.) von Dagmar Drews vorgestellt.

266 Seiten, 8 Farbfolien, 4 Audio CD's, Preis 35 Euro, Auflage 100 Stück

Wiederaufstellung des Sockels für ein Karl-Liebknecht-Denkmal am Potsdamer Platz am 20. November 2003

Nahe dem Denkmalsockel kommentiert ein Informationsschild in deutscher und englischer Sprache:

Karl Liebknecht (geb. 13.8.1871, ermordet 15.1.1919), Reichstagsabgeordneter und Mitbegründer des "Spartakusbundes" organisierte am 1. Mai 1916 auf dem Potsdamer Platz eine Demonstration für die Beendigung des Ersten Weltkriegs. Er wurde verhaftet, und später zu vier Jahren und einem Monat Zuchthaus verurteilt. Durch eine Amnestie kam Liebknecht nach zwei Jahren frei. Freikorpsoldaten ermordeten ihn im Januar 1919 während einer antirevolutionären Säuberungsaktion.

Am Ort der Anti-Kriegsdemonstration enthüllte Friedrich Ebert, Oberbürgermeister von Groß-Berlin (Ost) und Mitglied des Politbüros der SED, am 13. August 1951 den "Grundstein eines Denkmals für Karl Liebknecht". Anlass war Liebknechts 80. Geburtstag. Mitglieder der FDJ legten Kränze nieder. Die Ehrung fand im Rahmen der "III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für den Frieden" statt und war Teil einer Kampagne gegen die "Remilitarisierung" der Bundesrepublik Deutschland.

Produktionsstätten und Straßen in zahlreichen Orten der DDR erhielten den Namen "Karl Liebknecht". Doch das Denkmal auf dem Potsdamer Platz wurde in den zehn folgenden Jahren nicht fertig gestellt.

Am 13. August 1961 begann die Abriegelung der Sektorengrenze nach West-Berlin. Nach dem Ausbau der Sperranlagen stand das Postament bis 1990 im Grenzstreifen nahe der vorderen Mauer.

Auch spätere Beschlüsse des Politbüros der SED zur Errichtung eines Liebknecht-Denkmal an anderer Stelle wurden nicht umgesetzt. Nur ein Gedenkstein an der Prenzlauer Allee und zwei Tafeln erinnerten in Ost-Berlin an den überzeugten Sozialisten und Anti-Militaristen, der auch Gründungsmitglied der KPD war.

Als mit der deutschen Einheit vom 3. Oktober 1990 die Planung für die Neuanlage des Potsdamer Platzes begann, befand sich der Denkmalsockel auf privatem Baugrund. 1995 wurde er abgeräumt und eingelagert.

Im Jahr 2002 setzte sich die Bezirksverordnetenversammlung des Bezirks Mitte von Berlin für die Wiederaufstellung des Sockels ein – als Dokument der Stadtgeschichte und des Umgangs mit den sozialistischen und antimilitaristischen Traditionen in Deutschland.



Bild oben (Süd-Inschrift):

Grundstein
eines Denkmals
für
Karl Liebknecht
1871 – 1919

Inschrift Nordseite des Sockels:

Von dieser Stelle aus
rief
Karl Liebknecht
am 1. Mai 1916 zum Kampf
gegen den imperia-
listischen Krieg
und für den Frieden
auf

Kommentarschild Nordseite:

Grundsteinlegung 13. August 1951
Demontage 23. März 1995
Kommentierte Wiederaufstellung No-
vember 2003

Bild rechts: Informationsschild zur
Biografie Karl Liebknechts, zur Ge-
schichte des Standortes und des
Denkmalssockels.

Fotos: Martin Schönfeld



Gedenktafel für Margarete Berent in Berlin-Schöneberg, Goltzstraße 34
(9.7.1887 Berlin – 23.6.1965 New York)

Dr. Margarete Berent 1887 - 1965

Goltzstraße 34: In diesem Haus hatte die erste Juristin Preußens ab 1925 ihre Rechtsanwaltskanzlei

Margarete Berent kämpfte für die Zulassung von Frauen in alle juristischen Berufe. Als erste Frau konnte sie 1919 die juristische Staatsprüfung ablegen. Mit ihrer Dissertation von 1913 prägte sie maßgeblich die Reformen des deutschen Eherechts in den 50er Jahren.

Sie war Mitbegründerin des "Deutschen Juristinnenvereins", des "Deutschen Akademikerinnenverbandes" sowie Vorstandsmitglied im Jüdischen Frauenbund und Lehrerin an der Sozialen Frauenschule von Alice Salomon hier in der Goltzstraße.

1933 Ausschluss als Jüdin aus der Berliner Anwaltskammer

1939 Flucht nach Chile

1949 Erneute Zulassung als Rechtsanwältin in New York

Deutscher Juristinnenbund e.V. und Bet Debora e.V.

Berlin, Herbst 2003

Margarete Berent

Dieser kleinen zarten Frau traute man es nicht zu, dass sie die erste Rechtsanwältin in Preussen war. 1911 bestand sie ihre Staats-Examina und wurde Beraterin der A.E.G. in Arbeitsfragen. Daneben beschäftigte sie sich mit den Problemen der Ehescheidung, worüber sie ein grundlegendes Buch schrieb. Und tatsächlich wurde in Westdeutschland das Scheidungsgesetz gemäss ihren Vorschlägen vom Bundestag in Bonn abgeändert. Nachdem sie ihre Praxis in Berlin aufgeben musste, wurde sie eine führende Persönlichkeit der "Reichsvereinigung" und betreute die Juden im Rheinland. Menschen zu helfen, war immer ihr Ideal. Noch bei ihrem juristischen Studium war sie als Lehrerin tätig.

In New York studierte sie noch einmal und wurde 1949 zur "New York Bar Association" zugelassen. Die Stadt New York holte sie sich in ihre Rechtsabteilung, wo sie, die 78jährige, bis zum April 1965 arbeitete.

Mit Margarete Berent geht ein bedeutender Mensch dahin, der, ohne Frauenrechtlerin gewesen zu sein, das Verdienst hat, den Frauen die Stellung im öffentlichen Leben erkämpft zu haben, die ihnen zukommt.



Foto: Martin Schönfeld

Der Aufbau, 2.7.1965

Eine Straße für Robert Kempner

Seit dem 27. August 2003 heißt eine kleine Straße in Lichterfelde Robert-Kempner-Straße, denn vor neun Jahren hatte die Initiative "Haus Wolfenstein e.V." einen ersten Vorstoß für eine Straßenbenennung nach Robert Kempner gestartet. Die Bezirksverordnetenversammlung Steglitz hatte sich den Wunsch zu eigen gemacht und nun ist es vollbracht: Die frühere Straße 621, sogenannte Kühlhausstraße, wurde anlässlich des 10. Todestages von Robert Kempner umbenannt.

Robert Maximilian Wassilij Kempner (17.10.1899 Freiburg/Breisgau) wuchs in Lichterfelde auf, studierte in Freiburg und Berlin Rechtswissenschaft, arbeitete seit 1926 bei der Berliner Staatsanwaltschaft als Gerichtsassessor und trat 1928 als Beamter in das Preußische Innenministerium ein. 1933 wurde er entlassen. Nach kurzer Gestapochaft im März 1935 ging er ins Exil, zunächst nach Italien, 1938 nach Frankreich und 1939 in die USA. Seit 1941 war Kempner Sonderberater beim US-Justiz- und Kriegsministerium, wo er die Kriegsverbrecherprozesse mit vorbereitete. Als Abteilungsleiter der US-Anklagebehörde beim Internationalen Militärtribunal in Nürnberg wirkte er führend an der Aufklärung der nationalsozialistischen Verbrechen mit. Auch an nachfolgenden NS-Prozessen beteiligte er sich für die Nebenkläger. Seine Kanzlei hatte er in Frankfurt/M. Er lebte in Frankfurt/M. und in den USA und starb am 15. August 1993. Beigesetzt wurde er im Familiengrab in Berlin-Lichterfelde.

Natürlich hätten wir uns eine größere und bedeutendere Straße für Robert W. Kempner gewünscht. Aber wir freuen uns selbstverständlich auch über diesen Anfang.



Die Robert-Kempner-Straße, Ecke Dahlemer Weg, in Berlin-Lichterfelde
Foto: Martin Schönfeld



21. Oktober 2003: Mitgliedergespräch im Museum Blindenwerkstatt Otto Weidt Rosenthaler Straße 39.
Foto: Martin Schönfeld



13. November 2003: Vortragsabend von Annette Leo (rechts) in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, links: Christiane Hoss.
Foto: Martin Schönfeld